

BÜRGERFORUM Soziale Marktwirtschaft

Bürger entwickeln ihr Bild einer zukunftsfähigen Gesellschaft



BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft

UNSERE ANSICHT ZÄHLT ...

BÜRGERFORUM Soziale Marktwirtschaft

Bürger entwickeln ihr Bild einer zukunftsfähigen Gesellschaft

BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
Einleitende Worte der Teilnehmer	7
1. Arbeit	8
1.1 Lebensphasen und Lebenssituationen	8
1.1.1 Förderung und Vorsorge	8
1.1.2 Orientierung und Qualifizierung	8
1.1.3 Wertschätzende Arbeitsmodelle	9
1.2 Soziale Verantwortung	10
1.2.1 Mensch im Arbeitsprozess	10
1.2.2 Kleine und mittlere Betriebe	10
1.3 Lohngerechtigkeit	11
1.3.1 Mindesteinkommen	11
1.3.2 Mitarbeiterbeteiligung	11
2. Bildung	12
2.1 Ressourcen	12
2.1.1 Freier Zugang zur Bildung	12
2.1.2 Zeitgemäße Bildung	13
2.2 Strukturen und Standards	13
2.2.1 Zweiter Bildungsweg und lebenslanges Lernen	13
2.2.2 Bundeseinheitliches Bildungssystem	14
2.2.3 Schulformen neu gliedern!	15
2.3 Bildungsprozesse	16
2.3.1 Ausreichende Sprachkompetenz	16
2.3.2 Hochwertige Ganztagsangebote	16
2.3.3 Lebenslange Begleitung in der Bildung	17
3. Demographie	18
3.1 Generation 50+	18
3.1.1 Berufstätigkeit im Alter	18
3.1.2 Soziale Verantwortung	18
3.2 Familienfreundlichkeit	19
3.2.1 Familien finanziell unterstützen	19
3.2.2 Haltung der Gesellschaft zur Familie	19
3.2.3 Soziale Infrastruktur	20
3.3 Zuwanderung	21
3.3.1 Zuwanderung	21



4. Finanzen	22	7. Soziales	36
4.1 Aufgaben des Staates	22	7.1 Ungenügende soziale Sicherungssysteme	36
4.1.1 Gerechte Marktwirtschaft	22	7.1.1 Bezahlbares Gesundheitssystem	36
4.1.2 Leistungsansprüche	22	7.1.2 Gesichertes Rentensystem	36
4.2 Steuern und Subventionen	23	7.2 Mangelnde Integration	37
4.2.1 Reform der Einkommensteuer	23	7.2.1 Integration von Migranten	37
4.2.2 Neues Steuersystem	24	7.2.2 Stärkung der Rechte von Behinderten und chronisch Kranken	38
4.3 Staatsverschuldung	24	7.2.3 Verteilung der Sozialleistungen	39
4.3.1 Abbau der Staatsverschuldung	24	7.3 Soziale Schieflage	39
4.3.2 Wirtschaftliche Staatsaufgaben	25	7.3.1 Einkommensgerechtigkeit	39
5. Globalisierung	26	7.3.2 Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit	40
5.1 Ethik in der Wirtschaft vermisst	26	7.3.3 Verteilungsgerechtigkeit	41
5.1.1 Grundlagen ethischen Handelns	26	8. Umwelt	42
5.1.2 Ethik in der globalen Wirtschaft	26	8.1 Lebensgrundlagen gefährdet	42
5.1.3 Transparente Verbraucherinformation	27	8.1.1 Gesunde Lebensmittel	42
5.2 Zu wenig direkte Demokratie	29	8.1.2 Umweltkosten	43
5.2.1 Bürgerforen und Volksentscheide	29	8.1.3 Umweltschonender Verkehr	43
5.2.2 Politische Bildung fördern	29	8.2 Ausbeutung der Natur	44
5.3 Fehlende internationale Standards	30	8.2.1 Anreize und staatliche Regelungen	44
5.3.1 Globale Marktregeln	31	8.2.2 Neue Formen der Energiegewinnung	45
5.3.2 Internationale Organisationen	31	8.3 Ungenügende Sensibilisierung für Umweltfragen	45
6. Innovation	32	8.3.1 Prämien, Sanktionen, Multiplikatoren	45
6.1 Ressourcen und Potenziale	32	8.3.2 Gestaltung der Medienlandschaft	46
6.1.1 Kommunikationsförderung	32	8.3.3 Umwelterziehung	47
6.1.2 Motivationsanreize	33	Teilnehmerliste	48
6.2 Ohne Bildung keine Innovation	33	Impressum	55
6.2.1 Innovationsfördernde Bildungspolitik	33		
6.2.2 Bedürfnisorientierte Familienpolitik	34		
6.3 Ideologische Beschränkungen in der Forschung	35		
6.3.1 Wertneutrale Forschungsförderung	35		

Die vorliegende Publikation ist die Kurzfassung des BürgerProgramms Soziale Marktwirtschaft. Mehr Inhalte finden Sie in der Langfassung des BürgerProgramms Soziale Marktwirtschaft auf der beiliegenden CD-Rom.

Vorwort

Die Soziale Marktwirtschaft hat als Orientierung gebendes Leitbild unserer Gesellschaft an prägender Kraft verloren. Trotz zahlreicher Einzel- und Teilreformen in vielen Politikbereichen hat das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung abgenommen. Den Bürgern wie den handelnden Akteuren der Reformpolitik fehlt ein gesellschaftlich konsensfähiges Leitbild.

Um ein solches Leitbild entwickeln zu können, haben die **Bertelsmann Stiftung**, die **Heinz Nixdorf Stiftung** und die **Ludwig-Erhard-Stiftung** mit dem BürgerForum Soziale Marktwirtschaft einen Zukunfts-Dialog angestoßen. Im BürgerForum Soziale Marktwirtschaft haben rund 350 zufällig, nach repräsentativen Stichproben ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus ganz Deutschland von Januar bis April 2008 in zwei Präsenzveranstaltungen und einer eingebetteten, interaktiven Online-Plattform (www.buergerforum2008.de) ihr eigenes Bild einer zukunftsfähigen Sozialen Marktwirtschaft erarbeitet.

Vorrangiges Ziel des BürgerForums war die Verabschiedung eines BürgerProgramms Soziale Marktwirtschaft, das die Problemwahrnehmungen und Lösungsansätze aller gesellschaftlichen Blickwinkel in sich vereinte. Die Entwicklung des Programms lag in den Händen der Teilnehmer. Die Bürger bestimmten die Inhalte, den Verlauf der Diskussion und damit das verabschiedete BürgerProgramm vollkommen selbstständig. 92,4 Prozent aller Teilnehmer gaben dem BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft ihre Zustimmung. Bürger und Stiftungen gaben eine klassische Repräsentativumfrage mit 1.800 Befragten in Auftrag, um zu prüfen, inwieweit sich die Ergebnisse zu den zentralen Inhalten mit den Einstellungen der Gesamtbevölkerung decken.

Mit der vorliegenden Publikation dokumentieren wir die Inhalte des BürgerProgramms ebenso wie die Umfrageergebnisse. Darüber hinaus enthält sie zahlreiche Informationen und Impressionen zur Arbeit des BürgerForums.



Die drei Stiftungen danken vor allem den Bürgerinnen und Bürgern, die als Teilnehmer des BürgerForums die hier dokumentierten Ergebnisse mit Kompetenz und viel Engagement erarbeitet haben, und wünschen dem vorliegenden BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft die ihm gebührende Aufmerksamkeit in Politik und Öffentlichkeit!

Dr. Robert B. Vehrkamp
Projektleiter BürgerForum Soziale Marktwirtschaft

Einleitende Worte der Teilnehmer

BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft

Im Lauf ihres Bestehens hat sich die Soziale Marktwirtschaft verändert. Sie scheint ihre Prioritäten „Wohlstand für alle“ und „gerechte Teilhabe“ aus den Augen verloren zu haben. Die „soziale Schere“ klafft weit auseinander, schwindelerregend hohen Unternehmensgewinnen stehen ebenso schwindelerregend schnell schrumpfende Arbeitseinkommen gegenüber, auch in der sogenannten Mittelschicht. Große Bevölkerungsteile haben keine Chance, sich eine auch nur halbwegs gesicherte Existenz aufzubauen. Unter ungünstigen Bedingungen beginnt der Weg in die Perspektivlosigkeit bereits in den ersten Lebensjahren. Blindes Wachstums- und Gewinnstreben bedroht essenzielle Lebensgrundlagen. Die Marktwirtschaft ist mit einer ganzen Reihe von neuartigen Problemen konfrontiert, die ihre Zukunft infrage stellen; sie antwortet darauf aber zum Teil mit den Lösungen von gestern und vorgestern.

Wir sind einige Hundert Bürgerinnen und Bürger aus allen Bereichen unserer Sozialen Marktwirtschaft: Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Arbeitslose, Akademiker und Nichtakademiker, Beamte, Ruheständler, Selbstständige und Studierende. Anlässlich des 60. „Geburtstags“ der Sozialen Marktwirtschaft sind wir per Zufallsprinzip von der Universität Bamberg ausgewählt und gefragt worden, ob wir uns vorstellen könnten, aus unseren ganz unterschiedlichen Vorstellungen das Bild einer zukunftsfähigen Sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln.

Diese Idee eines BürgerForums, deren Initiatoren die Bertelsmann Stiftung, die Heinz Nixdorf Stiftung und die Ludwig-Erhard-Stiftung sind, hat uns von Anfang an begeistert. Das Ergebnis unserer Arbeit findet sich in dieser Publikation. Unser BürgerProgramm spiegelt die Probleme aller Bürger, ohne sich nur auf Jammern zu beschränken. Unzählige Lösungsansätze zeigen Perspektiven für die Zukunft auf und nehmen dabei nicht nur die Politiker, sondern jeden Einzelnen in unserer Gesellschaft in die Pflicht. Das BürgerProgramm ist gerade durch seine Vielschichtigkeit so konkret, und die zweifellos vorhandenen Überschneidungen sind aus unserer Sicht

nicht negativ. Im Gegenteil, gerade sie zeigen die erforderlichen Prioritäten auf. Hier also der Versuch einer Darstellung dessen, worüber wir – weitestgehend – Konsens erzielt haben: Wir wollen mehr Gerechtigkeit. Deshalb brauchen wir zum Beispiel ein einheitliches, durchlässiges und frei zugängliches Bildungssystem, das allen Menschen Chancen eröffnet. Ebenso brauchen wir mehr Integrationsbereitschaft in unserer Gesellschaft – was sich nicht nur auf Migranten bezieht. Wir brauchen ein System, das Belastungen und Einkommen gerechter verteilt, als das jetzt der Fall ist, und wir brauchen gerechte Entlohnung für Erwerbsarbeit und mehr Anerkennung und Wertschätzung ehrenamtlicher Tätigkeiten.

Wir wollen mehr Nachhaltigkeit. Umweltschutz, ökologisch bewusstes Verhalten und Wirtschaften müssen sich lohnen – wir kommen sonst in Gefahr, den Ast abzusägen, auf dem wir sitzen. Auch ein verantwortungsbewusster Umgang mit den finanziellen Ressourcen gehört dazu.

Wir wollen mehr Zukunftsfähigkeit. Wir brauchen neue Antworten auf neuartige Probleme, die sich zum Beispiel durch die Globalisierung oder die demographische Entwicklung ergeben. Wir können die Entwicklung nicht allein dem freien Spiel der Märkte überlassen, sondern müssen darauf achten, dass ethische Werte nicht dem Gewinnstreben von Markt Giganten und Spekulanten geopfert werden.

Wir sind uns bewusst, dass dies keine vollständige Darstellung unserer Intentionen sein kann. Aber es ist der Versuch, die Kernelemente des BürgerProgramms darzulegen und zum Weiterlesen zu animieren. Die Mühe lohnt. Wer an einer konsensfähigen, nachhaltigen und zukunftssicheren Sozialen Marktwirtschaft interessiert ist, findet im BürgerProgramm gebündelt Problemwahrnehmungen und Lösungsansätze von Bürgern aus allen Teilen der Gesellschaft und damit eine Vielzahl von Denkanstößen.

Brigitte Eilert-Overbeck und Monika Exler

1. Arbeit

1.1 Lebensphasen und Lebenssituationen

Die Arbeit ist nicht an Lebensphasen und Lebenssituationen orientiert. Die Bedürfnisse unterschiedlicher Generationen und Familien im Hinblick auf Qualifizierung und Flexibilität werden nicht berücksichtigt.

1.1.1 Förderung und Vorsorge

BürgerRedakteurin: Sonja Drögehoff

Zustimmung: 85,7 %

Kernaussage:

Durch Bildung wird das Bewusstsein für die Notwendigkeit von frühzeitiger Förderung und Vorsorge geschärft sowie die Solidarität gegenüber „Schwächeren“ entwickelt. Förderung und Vorsorge für ein selbstbestimmtes Leben wiederum heißt, Perspektiven in Bildung, Erziehung und Gesundheit zu schaffen!

Zentrale Forderungen:

Um der Bedeutung der Förderung als Vorsorge gerecht zu werden, müssen verstärkt strukturelle und soziale Rahmenbedingungen geschaffen werden, wie z. B. flexible Arbeitszeit- und Weiterbildungsmodelle in den Unternehmen.

Die Vorsorge- und Weiterbildungskosten sollen gerecht verteilt werden auf Staat, Arbeitgeber und Bürger.

Die Selbstverantwortung und Selbstbestimmung des einzelnen Bürgers soll frühzeitig gefördert werden, da Eigenverantwortung die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist.

Zur Finanzierung und zum Aufzeigen der Förderungsmöglichkeiten ist eine Vernetzung zwischen unterschiedlichen Politikfeldern und entsprechenden Institutionen notwendig (Bildungs-, Familien-, Gesundheits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik).

1.1.2 Orientierung und Qualifizierung

BürgerRedakteur: Hans-Joachim Schieke

Zustimmung: 94,7 %

Kernaussage:

Um die sich kontinuierlich verändernden Arbeitsbedingungen in der Gesellschaft zu bewältigen, ist eine permanente Weiterbildung (= Qualifizierung) erforderlich. Diese muss den Bedürfnissen der Bürger in ihrer jeweiligen Lebensphase angepasst werden.

Zentrale Forderungen:

Berufstätigen sind Angebote zur weiterführenden Qualifikation zu machen. Diese sind durch flexible Arbeitszeitregelungen zu unterstützen. Eltern sollen Kompetenzen vermittelt werden, um ihren Kindern umfassende Orientierungshilfe für den schulischen und beruflichen Werdegang zu geben.

Ein verpflichtendes und kostenloses Vorschuljahr ist einzuführen.



„Mitarbeiterbeteiligung ist insofern wichtig, weil es die Motivation der Mitarbeiter stärkt und somit zur Produktivitätssteigerung beiträgt. Darüber hinaus stärkt sie die Identifizierung mit dem Unternehmen.“

Alexander Jakobi, Ausschuss Arbeit

Lebenslanges Lernen ist notwendig. Deshalb ist eine auf die Lebensphasen bezogene Aus- und Weiterbildung in Schule, Berufsausbildung und im Berufsleben vom Kindes- bis ins Rentenalter wichtig.

1.1.3 Wertschätzende Arbeitsmodelle

BürgerRedakteurin: Christine Burbaum

Zustimmung: 66,0 %

Kernaussage:

Die Arbeitsplätze, die zur Verfügung stehen, entsprechen nicht immer den Lebenssituationen und -phasen der Bewerber. Ignoriert werden oftmals ihre Qualifikationen sowie ihr Wunsch nach flexiblen Arbeitszeiten – wichtige Voraussetzungen für ein funktionierendes Familienleben.

Zentrale Forderungen:

Ein Mitspracherecht bei der Gestaltung von Arbeitszeitkonten und Arbeitsplätzen muss den Betriebsangehörigen eingeräumt werden – ebenso ein Mitspracherecht bei der Wahl des Arbeitsortes. Was die Situation der Behinderten in den Betrieben betrifft, muss darauf geachtet werden, dass die gesetzlich festgelegte Quote auch eingehalten wird.

Bezüglich der Berufsabschlüsse müssen bundes- und europaweit einheitliche Richtlinien gelten; auch nicht zertifizierte Fähigkeiten müssen anerkannt und gefördert werden.

Das Verhältnis von Festangestellten zu Zeitarbeitern muss einer Quotenregelung unterliegen. Zudem ist es wichtig, auch



das Verhältnis von Alt und Jung im Unternehmen neu zu definieren: Ältere Arbeitnehmer könnten als Mentoren für jüngere fungieren. Außerdem würde die Bedeutung der älteren Mitarbeiter für das Unternehmen durch eine „Gleitrente“ besondere Wertschätzung erfahren.

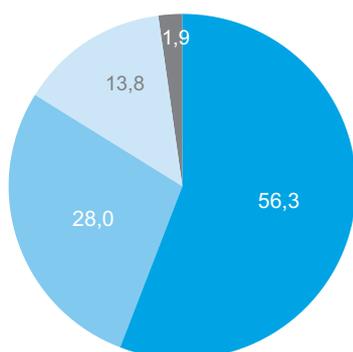
Ergänzend muss es ein ausreichendes Angebot an Kindergärten und Hausaufgabenbetreuung geben.

Ein Existenzminimum muss durch eine staatliche Grundversicherung gewährleistet werden (z. B. für die Dauer der Weiterbildung).

Gefordert werden ebenso qualifizierte Berater zur effizienten Koordination von Arbeitsangebot und -nachfrage.

Forderung nach bundeseinheitlichem Mindestlohn

Es stimmen dieser Forderung zu:



Bevölkerung insgesamt



Es sollte bundesweit ein einheitlicher Mindestlohn eingeführt werden, der es allen Arbeitnehmern ermöglicht, von Ihrer Arbeit zu leben.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum BürgerProgramm

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

1.2 Soziale Verantwortung

Unternehmen übernehmen nicht genug soziale Verantwortung. Arbeit findet zu wenig Anerkennung. Sie wird von Arbeitgebern und Arbeitnehmern oft nicht als Recht und Pflicht verstanden.

1.2.1 Mensch im Arbeitsprozess

BürgerRedakteur: Wilfried Gravel

Zustimmung: 72,1 %

Kernaussage:

Es soll ein „gesellschaftspolitischer neuer Wertekatalog“ aufgestellt werden, damit Würde und Respekt dem Menschen gegenüber gewahrt bleiben. Dieser Wertekanon hätte die Funktion, Bürger in Fragen der Ethik zu schulen und diene somit als Grundlage für ein respektvolles Miteinander.

Zentrale Forderungen:

Der Mensch muss als unverzichtbarer Bestandteil eines Unternehmens betrachtet werden. Er ist mehr als ein Produktionsfaktor.

Alle gesellschaftlichen Gruppen sind für die Veränderung verantwortlich und sollen sich dieser Verantwortung stellen.

Es ist notwendig, dass Führungskräfte mehr die individuellen Stärken und Schwächen ihrer Mitarbeiter berücksichtigen.

Um eine positive und nachhaltige Unternehmenskultur zu fördern, sollte die Politik Anreize (z. B. Auszeichnungen) für die Unternehmen schaffen, die sich ihrer sozialen Verantwortung stellen.

1.2.2 Kleine und mittlere Betriebe

BürgerRedakteur: Frank Müller

Zustimmung: 69,8 %

Kernaussage:

Kleine und mittlere Betriebe bedürfen der verstärkten Förderung des Staates.

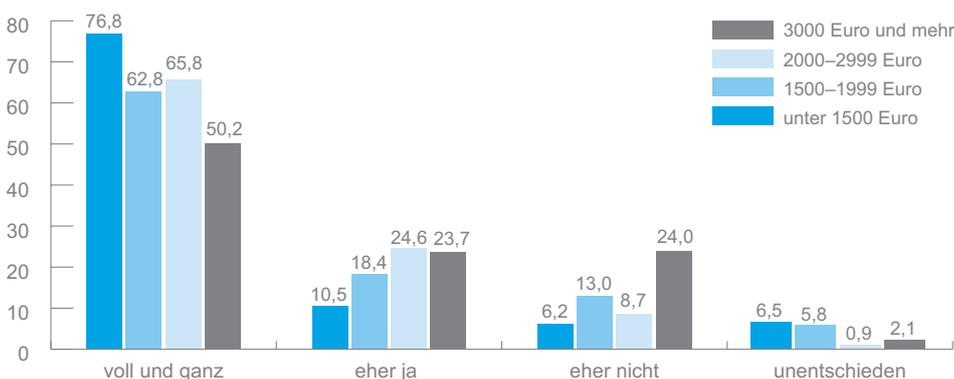
Zentrale Forderungen:

Um den unternehmerischen Mittelstand zu stützen, bedarf es der Weiterbildung aller Beschäftigten u.a. mithilfe von Ausbildungsbeihilfen und der Förderung von Ausbildungsverbänden.

Die Gründung von Unternehmen muss erleichtert werden, z. B. durch den Beistand von Mentoren, durch ein vereinfachtes Erbrecht bei der Übergabe von Familienbetrieben und durch eine unbürokratische Kreditvergabe.

Die Einkommen aus selbstständiger Arbeit sollten den Einkommen aus unselbstständiger Arbeit steuerlich gleichgestellt werden. Auch Selbstständige müssen in die gesetzliche Sozialversicherung einzahlen.

Generell hohe Zustimmung zur Bürgerversicherung, aber abnehmend mit höherem Einkommen



Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Alle, also auch Selbstständige und Beamte, sollten in das gesetzliche Sozialversicherungssystem mit einbezogen werden, also Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, Rentenversicherung usw. zahlen.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Bürgerprogramm

1.3 Lohngerechtigkeit

Die Löhne sind oft nicht existenzsichernd und geben keinen Spielraum für die Altersvorsorge. Arbeit wird oft auch nach oben unangemessen bezahlt.

1.3.1 Mindesteinkommen

BürgerRedakteur: Frank Müller

Zustimmung: 66,0 %

Kernaussage:

Eine Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben ist die Einführung eines Mindestlohns. Ein Vollzeitmitarbeiter muss mit seinem Einkommen seinen Lebensunterhalt bestreiten können.

Zentrale Forderungen:

Der Netto-Mindestlohn muss erhöht werden, indem die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Auf diese Weise wird den Bürgern auch die Möglichkeit gegeben, am kulturellen Leben teilzunehmen und genügend Geld für die eigene Fortbildung zur Verfügung zu haben.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen künftig durch Steuern finanziert werden. Dies gilt sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber.

1.3.2 Mitarbeiterbeteiligung

BürgerRedakteur: Holger Schulz

Zustimmung: 75,0 %

Kernaussage:

Ein erfolgreiches Unternehmen ist gleichbedeutend mit dem Erfolg aller Mitarbeiter. Eine Beteiligung am Unternehmensergebnis sorgt für zeitnahe Honorierung der Leistung sowie bessere Motivation und Identifikation der Mitarbeiter.

Zentrale Forderungen:

Es sollte darauf hingearbeitet werden, eine Unternehmenskultur entstehen zu lassen, in der eine Gewinnbeteiligung selbstverständlich ist.

Die zusätzlich zum Gehalt gegebene Gewinnbeteiligung kann individuell und/oder kollektiv ausgezahlt werden. Die individuelle Gewinnbeteiligung kann durch Zielvereinbarungen erfolgen, die einfach zu überprüfen sein müssen. Kollektive Gewinnbeteiligung bedeutet die Ausschüttung eines vorher festgelegten Anteils am Gewinn an alle Mitarbeiter. Die Ausschüttung kann beispielsweise auch auf individuelle Bildungs- oder Rentenkonto eingezahlt werden. Vorstellbar ist auch ein preisreduzierter Aktienkauf.

Mittels einer Zertifizierung durch unabhängige Organisationen sollte das soziale Verhalten eines Unternehmens bewertet und gefördert werden.

„Die Idee, den Arbeitsort flexibler zu gestalten, finde ich gut, da auf diese Weise die privaten Lebenssituationen berücksichtigt werden.“

Kerstin Lange, Ausschuss Arbeit



2. Bildung

2.1 Ressourcen

In deutschen Bildungseinrichtungen fehlt es an allen Ecken und Enden an adäquaten Ressourcen. Auch der Einsatz und die Verteilung laufen nicht zweckmäßig. Ohne Lobby keine Ressourcen!

2.1.1 Freier Zugang zur Bildung

BürgerRedakteur: Stefan Roßteuscher

Zustimmung: 82,4 %

Kernaussage:

Bildung muss in unserem Staatshaushalt endlich ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt werden. Es muss mehr Geld in Bildung investiert und zielgerichtet verteilt werden. Nur so wird Bildung jedem ermöglicht – unabhängig von sozialer Herkunft oder finanzieller Situation.

Zentrale Forderungen:

Kostenfreie Schul- und Erstausbildung muss gewährleistet sein.

Qualifiziertes Personal muss ausreichend vorhanden sein: Bildung ist mehr als nur Wissensvermittlung. Individuelle Förderung des Lernenden sowie umfassende Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrende sind unabdingbare Bestandteile des Bildungssystems.



Die gesellschaftliche Anerkennung des Lehrerberufs muss aktiv gefördert werden.

Die Bildungseinrichtungen bzw. ihre Träger entscheiden selbst über die Verwendung finanzieller Mittel. Sie müssen ihre Qualitätsstandards regelmäßig überprüfen und zertifizieren lassen.

Innovative Ideen, wie z. B. „Bildungspatenschaften“, sollen als gesamtgesellschaftliches Thema im Bewusstsein verankert werden.



„Die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems entscheidet darüber, ob unsere Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig bleiben wird. Bildung muss in unserem Staatshaushalt endlich ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt werden. Durch ausreichende Finanzmittel ist die Qualität unserer Bildung ebenso zu verbessern wie die Möglichkeiten des Bildungserwerbs unabhängig von der sozialen Herkunft.“

Monika Exler, Ausschuss Bildung



2.1.2 Zeitgemäße Bildung

BürgerRedakteurin: Bea Wiebke

Zustimmung: 62,3 %

Kernaussage:

Zeitgemäße Bildungsangebote müssen attraktiver gestaltet und kreativer umgesetzt werden. Engagement muss zu Erfolgserlebnissen führen.

Zentrale Forderungen:

Ressourcen müssen bedarfsgerecht bereitgestellt werden. Dazu gehören gut ausgestattete Räume. Ebenso wichtig ist es, gemeinsame Veranstaltungen – wie Reisen und Sportwettkämpfe – sowie Projektarbeit vermehrt anzubieten und zu fördern. Die Verwirklichung gemeinsamer Ideen, wie z. B. selbst gestaltete Klassenzimmer, ist zu unterstützen.

Eine zeitgemäße Bildung ist nur dann erfolgreich, wenn die Kommunikation in einer gemeinsamen Sprache erfolgt.

2.2 Strukturen und Standards

Regional unterschiedliche Bildungssysteme und -abschlüsse verhindern die bundesweite Mobilität der Bürger. Das lebenslange Lernen wird durch das Fehlen von einheitlichen Bildungsstandards und -strukturen erschwert.

2.2.1 Zweiter Bildungsweg und lebenslanges Lernen

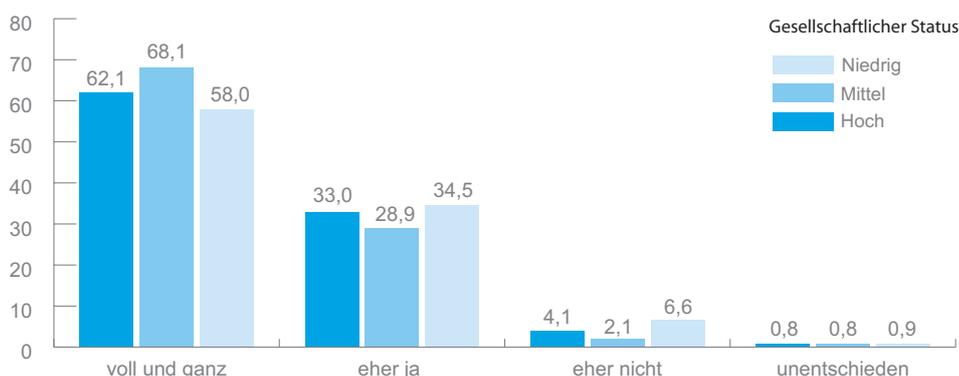
BürgerRedakteur: Ulrich Gunka

Zustimmung: 72,6 %

Kernaussage:

Bildung für alle – jederzeit! Lebenslanges Lernen darf kein Schlagwort bleiben, sondern soll von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unterstützt werden. Lernen endet nicht mit dem Schulabschluss oder dem Gesellenbrief.

Alle gesellschaftlichen Statusgruppen sehen die Notwendigkeit staatlicher Hilfen für sozial Benachteiligte im Bildungssektor



Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Der Staat sollte mehr Geld für Bildung ausgeben, um Kinder aus sozial schwächeren Familien stärker zu fördern und zu unterstützen.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum BürgerProgramm



Nicht nur der Staat, auch die Wirtschaft muss ihren Teil zu Weiterbildung leisten, etwa durch Übernahme oder Zuschussung der Kosten sowie durch Beurlaubung von Mitarbeitern.

2.2.2 Bundeseinheitliches Bildungssystem

BürgerRedakteurin: Anna-Sophie Urban

Zustimmung: 61,5 %

Kernaussage:

Ein bundeseinheitliches Bildungssystem mit festgelegten Standards und einheitlichen Abschlüssen wird gefordert.

Zentrale Forderungen:

Ein bundeseinheitliches Bildungssystem mit

- zentralen Abschlüssen,
- bundeseinheitlichen Zulassungsvoraussetzungen und
- Rahmenlehrplänen

ist entscheidende Voraussetzung für die Verbesserung der Bildung.

Vergleichbare und bundesweit anerkannte Abschlüsse führen zur gewünschten Mobilität und Flexibilität.

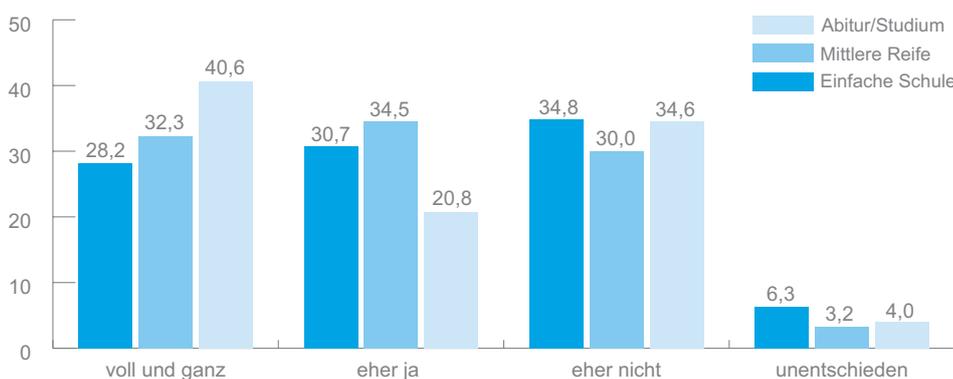
Zentrale Forderungen:

Die Möglichkeiten zu qualifizierter Weiterbildung müssen verbessert werden. Finanzielle Unterstützung, erleichterte Zugangsvoraussetzungen und spezielle Betreuungsangebote ermöglichen es allen, Bildungschancen zu nutzen.

Das öffentliche Bewusstsein für die Notwendigkeit einer lebenslangen Weiterqualifizierung muss geweckt werden. Hierzu gehört es, das Ehrenamt aufzuwerten, die Wichtigkeit des zweiten Bildungsweges zu betonen und den beruflichen Wiedereinstieg zu erleichtern. Kulturelle und politische Bildungsangebote müssen jedem zur Verfügung stehen. Informationen über mögliche Weiterbildungsangebote sollen zentral an einer Stelle (z. B. als Bildungsportal im Internet oder im TV) gebündelt werden und den Interessenten jederzeit zugänglich sein.

Weiterbildungsangebote sollten auf die jeweilige Lebenssituation Rücksicht nehmen. Dabei sind auch die Neuen Medien verstärkt zu nutzen.

Durchwachsendes Bild bei Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen



Schüler sollten länger als bisher gemeinsam unterrichtet werden. Erst nach der achten Klasse sollte entschieden werden, ob sie eine Hauptschule, Realschule oder ein Gymnasium besuchen.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Bürgerprogramm

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

2.2.3 Schulformen neu gliedern!

BürgerRedakteur: Lars Ziemert

Zustimmung: 75,5 %

Kernaussage:

Jeder Mensch soll eine Chance auf gute Bildung haben. Dazu müssen die Schulformen neu gestaltet und die Durchlässigkeit des Schulsystems zur Förderung individueller Bildungswege verbessert werden. Langes gemeinsames Lernen verhindert den vorzeitigen Abbruch von Bildungslaufbahnen. Schulpflicht sollte bis zu einem anerkannten Bildungsabschluss bestehen, mindestens jedoch bis zum Abschluss der zehnten Klasse.

Zentrale Forderungen:

Alle Schüler verbringen die ersten acht Schuljahre gemeinsam, erst danach ist eine Trennung der Bildungswege sinnvoll.

Eine bessere individuelle Förderung soll durch Ganztagsangebote und kleinere Klassen gesichert werden.

Innerhalb der bundeseinheitlichen Standards ist alternativen Schulmodellen ein angemessener Freiraum einzuräumen.

Zur Förderung sozialer Kompetenz und zur Erleichterung des Übertritts ins Berufsleben sind Unterricht und außerunterrichtliche Aktivitäten praxisbezogen zu gestalten. Dazu sind Kooperationen mit

- Unternehmen,
 - öffentlichen und gemeinnützigen Institutionen sowie
 - sozialen Einrichtungen
- notwendig.



„Es ist aber dringend notwendig, die Bürger mehr mit einzubeziehen und weniger abgehoben zu regieren, um die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie zu sichern. Das Thema ‚Gestaltung der Demokratie heute‘ wäre in meinen Augen einen eigenen Ausschuss wert gewesen – und sogar den wichtigsten.“

Lars Ziemert, Ausschuss Bildung

2.3 Bildungsprozesse

Da der Bildungsprozess bereits mit der Geburt beginnt, benötigen wir eine konsequente individuelle Förderung von Anfang an. Lehrende, Erziehende und Eltern sind bestmöglich zu unterstützen und in ihren pädagogischen Fähigkeiten zu stärken. Der Entwicklung der Sprach- und Sozialkompetenz kommt innerhalb des Bildungsprozesses eine besondere Bedeutung zu.

2.3.1 Ausreichende Sprachkompetenz

BürgerRedakteurin: Athina Trakas

Zustimmung: 67,2 %

Kernaussage:

Ohne ausreichende Sprachkenntnisse ist die Teilnahme am Bildungsprozess nicht möglich! Die Mehrsprachigkeit spielt dabei eine wichtige Rolle – sie fördert Kommunikation, Bildung und Wirtschaft.

Zentrale Forderungen:

Bereits im Vorschulalter muss die Sprachkompetenz überprüft und nachgewiesen werden. Eventuelle Mängel sollen durch Sprachförderung ausgeglichen werden.

Um bereits Kleinkindern die Möglichkeit zu geben, mehrere Sprachen zu lernen, müssen ausreichende Angebote zur Verfügung gestellt werden.



Anderssprachige müssen akzeptiert und toleriert werden, damit ein gesellschaftliches Miteinander möglich ist.

2.3.2 Hochwertige Ganztagsangebote

BürgerRedakteurin: Monika Exler

Zustimmung: 75,6 %

Kernaussage:

Hochwertige Ganztagsangebote für Kinder und Jugendliche bieten besondere Möglichkeiten einer individuellen Förderung. Sie unterstützen frühzeitig im Lernprozess, sind aber keinesfalls als Ersatz für die elterliche Erziehung zu sehen. Um die Chancengleichheit unseres Bildungssystems zu verbessern, sind Anzahl und Ausgestaltung aller Angebote am tatsächlichen Bedarf zu orientieren.

„Wir gehen immer vom Verstand der Menschen aus, der doch wohl so nicht immer vorhanden ist. Deshalb werden wir asoziales Denken und Handeln auch nicht beseitigen können.“

Margit Klockow, Ausschuss Bildung

„... und mir wird ganz nostalgisch zumute, wenn ich an den Begriff ‚pluralistische Gesellschaft‘ denke. Hüten wir uns auch weiterhin davor, andere nur nach unserer Façon selig werden zu lassen.“

Brigitte Eilert-Overbeck, Ausschuss Bildung

Zentrale Forderungen:

Das Angebot an Ganztagschulen ist auszubauen, wobei klassische Vormittagsschulen Bestandteil unserer Schullandschaft bleiben. Die Wahlmöglichkeit der Eltern zwischen Ganztagschulen und Vormittagsschulen ist unbedingt sicherzustellen.

Kleine Gruppen- und Klassengrößen sind die wichtigste Voraussetzung für hochwertige Ganztagsangebote.

Bei Ganztagsmodellen ist eine intensive Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern erforderlich. Diese soll sich am Schulprofil orientieren.

Die Ausbildung der Pädagogen ist ebenso wie die Wertschätzung und die Entlohnung den veränderten Erfordernissen anzupassen.

Das Vorschuljahr sollte verpflichtend sein, um die deutsche Sprache, Konzentrationsvermögen, Teamfähigkeit, Ausdauer und Disziplin der Kinder vor dem Schuleintritt zu stärken.

2.3.3 Lebenslange Begleitung in der Bildung

BürgerRedakteur: Klaus Rittinger

Zustimmung: 64,5 %

Kernaussage:

Bildung ist ein lebenslanger eigenverantwortlicher Prozess, der von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Familie entsprechend der individuellen Neigungen und Talente begleitet und aktiv unterstützt werden muss.

Zentrale Forderungen:

Einrichtung eines Bildungsportals zur lokalen, regionalen und überregionalen Bereitstellung von Information.

Durch Mentorenprogramme sollen die Erfahrungen der älteren Generationen für die Gesellschaft nutzbar gemacht werden.

Die individuellen Fähigkeiten und Talente eines jeden müssen erkannt und gefördert werden.





3. Demographie

3.1 Generation 50+

Das Schaffenspotenzial der Generation 50+ wird weder ausreichend genutzt noch gefördert. Renteneintrittsalter, Weiterbildung und Gesundheitsförderung müssen entsprechend gestaltet werden.

3.1.1 Berufstätigkeit im Alter

BürgerRedakteur: Günther Hanl

Zustimmung: 56,6 %

Kernaussage:

Qualifizierte ältere Erwerbstätige sollen verstärkt über das Renteneintritts- und Pensionsalter hinaus für die weitere freiwillige Erwerbstätigkeit gewonnen werden. Nicht (mehr) erwerbstätige Menschen 50+ können motiviert werden, wieder in das Erwerbsleben einzutreten. Auf diese Weise wird die Zahl der Beitragszahler in die Rentenkassen erhöht.

Zentrale Forderungen:

Das Rentensystem muss dahingehend reformiert werden, dass der Eintritt ins Rentenalter variabel mit entsprechenden finanziellen Zu- bzw. Abschlägen bei Renten und Pensionen gehandhabt wird.

Ein breit angelegtes Reformprogramm soll das fachliche und soziale Potenzial älterer Menschen im Erwerbsleben hervorheben. Die Generation 50+ soll in der Öffentlichkeit und in der Wirtschaft die Wertschätzung erfahren, die sie verdient.



3.1.2 Soziale Verantwortung

BürgerRedakteurin: Friederike Kühn

Zustimmung: 72,3 %

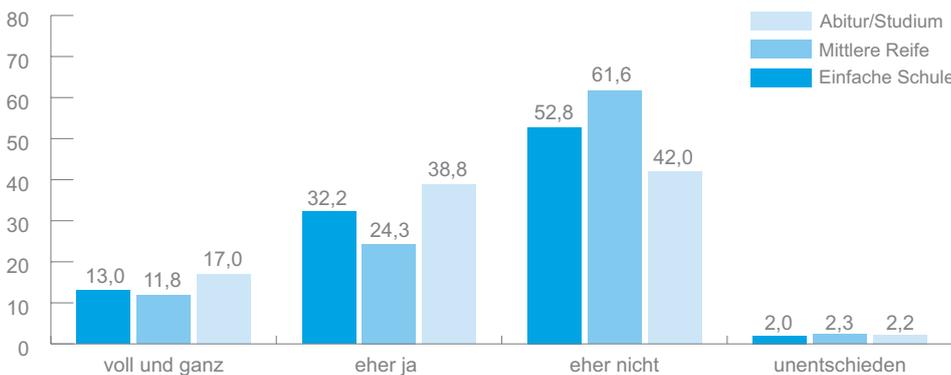
Kernaussage:

Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich wieder verstärkt ihrer sozialen Verantwortung bewusst werden und diese übernehmen.

Zentrale Forderungen:

Arbeitgeber sollen verstärkt Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmer anbieten. Vonseiten des Arbeitnehmers muss für diese Initiative die Bereitschaft vorhanden sein.

Ablehnung längerer Beschäftigung über das Rentenalter hinaus



Fachkräfte sollten dazu ermutigt werden, auch im Rentenalter noch berufstätig zu sein.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Bürgerprogramm

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Die Unternehmen müssen nicht nur ausreichend altersgerechte Arbeitsplätze bereitstellen und flexible Arbeitszeitmodelle anbieten, sie müssen auch die Eigenverantwortung des Arbeitnehmers stärken.

Innerhalb der Unternehmen muss das generationenübergreifende Arbeiten gefördert werden, von dem jüngere und ältere Mitarbeiter gleichermaßen profitieren.

Um die Arbeitskraft der Generation 50+ zu erhalten und zu fördern, sollen Arbeitnehmer mit Unterstützung des Arbeitgebers Maßnahmen zur Gesundheitsförderung ergreifen.

3.2 Familienfreundlichkeit

Es fehlt an einem familienfreundlichen Arbeitsmarkt, ausreichender Kinderbetreuung, finanzieller Entlastung und generationenübergreifender Familienförderung. Kinder zu haben ist zu teuer.

3.2.1 Familien finanziell unterstützen

BürgerRedakteur: Leif Timmermeister

Zustimmung: 94,7 %

Kernaussage:

Familien müssen besser finanziell unterstützt werden, um die Entscheidung für Kinder zu erleichtern.

Zentrale Forderungen:

Bundesweit sollen ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen bereitgestellt werden.

Jedes Kind muss steuerlich berücksichtigt werden.

Das Kindergeld darf nicht auf das Einkommen einkommensschwacher Familien angerechnet werden. Die finanzielle Absicherung für Alleinerziehende muss sichergestellt werden.

3.2.2 Haltung der Gesellschaft zur Familie

BürgerRedakteurin: Julia Wünsche

Zustimmung: 85,3 %

Kernaussage:

Wir brauchen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft!

Zentrale Forderungen:

Der Staat muss bessere Rahmenbedingungen für Familien schaffen.

Ehrenamtlicher Tätigkeit zur Unterstützung von Familien muss eine größere Anerkennung zuteil werden.

Die Erziehungsleistung sollte finanziell stärker honoriert werden.

Frauen und Männer müssen in Unternehmen gleichbehandelt werden.

„Man sollte sich die Zukunft nicht schönfärben. Im diesem Ausschuss geht es darum, die Fakten auf den Tisch zu bringen und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man die Alterung der Gesellschaft mit ihren Folgen bewältigen kann. Das ist doch die Problemstellung, und nicht, was der Einzelne sich für sein Leben wünscht.“

Ariane Rieflin, Ausschuss Demographie



3.2.3 Soziale Infrastruktur

BürgerRedakteur: Alexander Bucherer

Zustimmung: 74,0 %

Kernaussage:

Die vorhandene soziale Infrastruktur reicht nicht aus, um jungen Menschen die Familie als Lebensmodell attraktiv zu gestalten. Die Angst vor einer Zukunft mit Kindern muss beseitigt werden.

Zentrale Forderungen:

Die Arbeitsbedingungen müssen elternfreundlicher werden, um den Konflikt zwischen Beruf und Kind zu entschärfen.

Die Kinderbetreuung muss bundesweit ganztags und in ausreichendem Maße kostenfrei angeboten werden. Das Personal muss bundeseinheitlich geschult sein. Auch die Schulausbildung soll einheitlich gestaltet werden. Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche müssen breiter und qualitativ hochwertiger werden.

Strukturen der Familienförderung sollen des Weiteren durch das innovative Konzept des Mehrgenerationenhauses ausgebaut werden.

Die Gesundheitsvorsorge für Kinder muss verbessert, kostengünstiger und bedarfsorientierter werden.

„Zur Selbstverantwortung gehört auch, dass der Arbeitnehmer flexibel ist. Nicht immer wachsen die Arbeitsplätze auf dem nächsten Baum. Und mancher Baum, der schöne Früchte trug, wird morsch und abgeholzt. Da muss man schon mal nach weiter weg wachsenden Bäumen suchen.“

Michael Fuxen, Ausschuss Demographie

3.3 Zuwanderung

Die Zuwanderung wird angesichts der Herausforderung des demographischen Wandels nicht ausreichend gesteuert.

3.3.1 Zuwanderung

BürgerRedakteur: Steffen Morawietz

Zustimmung: 83,5 %

Kernaussage:

Deutschland ist im Hinblick auf den demographischen Wandel mehr denn je auf Zuwanderung angewiesen. Somit stellt sich nicht die Frage, ob Zuwanderung erwünscht ist, sondern wie diese kontrolliert gefördert werden kann.

Zentrale Forderungen:

Toleranz Zuwanderern gegenüber ist genauso wichtig wie deren Wille zur Integration. Mithilfe von aufklärender Medienarbeit sollte das nötige öffentliche Bewusstsein für diese Voraussetzungen geschaffen werden.

Deutschland muss für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv werden. Nicht nur aus finanziellen Gründen sollten sich ausländische Fachkräfte entscheiden, in Deutschland leben zu wollen. Durch eine verstärkte internationale Kooperation der Bildungseinrichtungen soll der Zuzug erleichtert werden. Möglichkeiten bieten z. B. Auslandssemester in Deutschland oder die Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

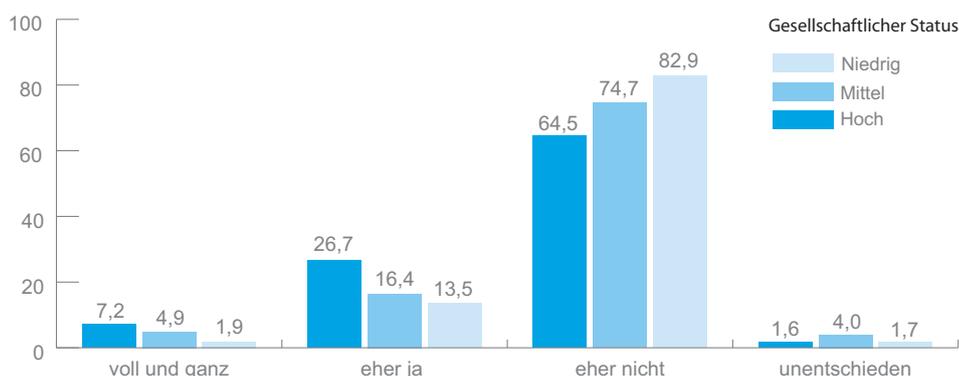


Um die langfristige Integration der Zuwanderer und ihrer Familien zu ermöglichen, müssen begleitende Maßnahmen zur Integration der Familienmitglieder erfolgen.

Die Ausbildung der Zuwanderer muss sich am Bedarf des Arbeitsmarktes orientieren.

Wichtige Voraussetzung für eine gelungene Integration sind ausreichende Deutschkenntnisse.

Verstärkung der Bemühungen um Zuwanderung von Fachkräften nicht gewünscht



Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Deutschland sollte sich verstärkt um die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland bemühen.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum BürgerProgramm



4. Finanzen

4.1 Aufgaben des Staates

Der Staat kann seine Aufgaben zum Beispiel im Sozialsystem und bei der Altersabsicherung nicht bewältigen. Teilweise werden nicht benötigte Leistungen in Anspruch genommen und individuelle Verantwortung nicht wahrgenommen.

4.1.1 Gerechte Marktwirtschaft

BürgerRedakteur: Eckart Schaade

Zustimmung: 96,6 %

Kernaussage:

Die Soziale Marktwirtschaft soll Wohlstand schaffen und die persönliche Freiheit sichern. Die derzeit daraus resultierenden gesellschaftlichen Ergebnisse sind unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten allerdings verbesserungsbedürftig!

Zentrale Forderungen:

Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Verdienst seinen Lebensunterhalt sichern können. Menschen, die aufgrund von Einschränkungen nicht in der Lage sind, voll am Erwerbsleben teilzunehmen, müssen durch ein umfassendes soziales Netz in ihren Grundbedürfnissen abgesichert sein.

Staatliche Subventionen für Unternehmen bedeuten eine Verpflichtung der Wirtschaft gegenüber der Gemeinschaft. Subventionen müssen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe erfüllen, an klare und nachprüfbare Bedingungen geknüpft sein und Kontrollmechanismen unterliegen.



Es muss eine unabhängige Kartellbehörde geben, die mit direkter Zu- und Durchgriffskompetenz (ähnlich der Steuerfahndung) ausgestattet ist, um der Bildung von Monopolen und Preisabsprachen entgegenzuwirken.

Die Bereitstellung der Infrastruktur (Wasser, ÖPNV, Bahn etc.), die die Grundversorgung der Bevölkerung gewährleistet, darf keinen privatwirtschaftlichen Interessen ausgesetzt sein.

Die staatlichen finanziellen Leistungen sollen durch mehr Eigenverantwortlichkeit der Bürger und durch eine gerechtere Verteilung optimiert werden.

4.1.2 Leistungsansprüche

BürgerRedakteur: Steffen Richter

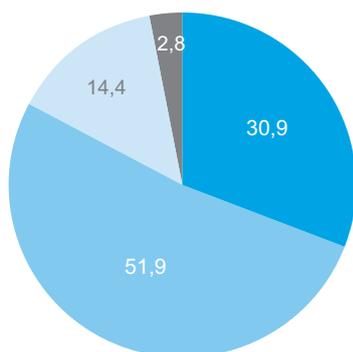
Zustimmung: 68,4 %

Kernaussage:

Die staatlichen finanziellen Leistungen sollen durch mehr Eigenverantwortlichkeit der Bürger und durch eine gerechtere Verteilung optimiert werden.

Eigenverantwortung vor Staatseingriff

Es stimmen dieser Forderung zu:



Bevölkerung insgesamt



Die Bürger sollten so viel wie möglich eigenverantwortlich entscheiden. Der Staat sollte nur dort eingreifen, wo die Bürger überfordert sind.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum BürgerProgramm

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Zentrale Forderungen:

Wir fordern einen Staat, der Rahmenbedingungen schafft, damit sich seine Bürger eigenverantwortlich ihren Fähigkeiten entsprechend entwickeln und selbst für sich sorgen können. Die Grenzen der Bedürfnisse müssen neu definiert werden. Mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative sind gefragt, denn sie stärken das Selbstwertgefühl jedes Einzelnen und haben daher Vorrang vor der Versorgung durch den Staat. Der Staat garantiert allen Bürgern ein gewisses „Grundleistungspaket“, wobei die Sozialleistungen einer ständigen Kontrolle unterliegen.

4.2 Steuern und Subventionen

Das Steuersystem sowie die Vergabep Praxis für Subventionen sind kompliziert und können missbraucht werden.

4.2.1 Reform der Einkommensteuer

BürgerRedakteur: Holger Mienkuß

Zustimmung: 52,1 %

Kernaussage:

Ein einheitlicher Steuersatz für alle Einkommensarten, verbunden mit der Abschaffung von Steuerschlupflöchern, führt zu mehr gefühlter Gerechtigkeit.

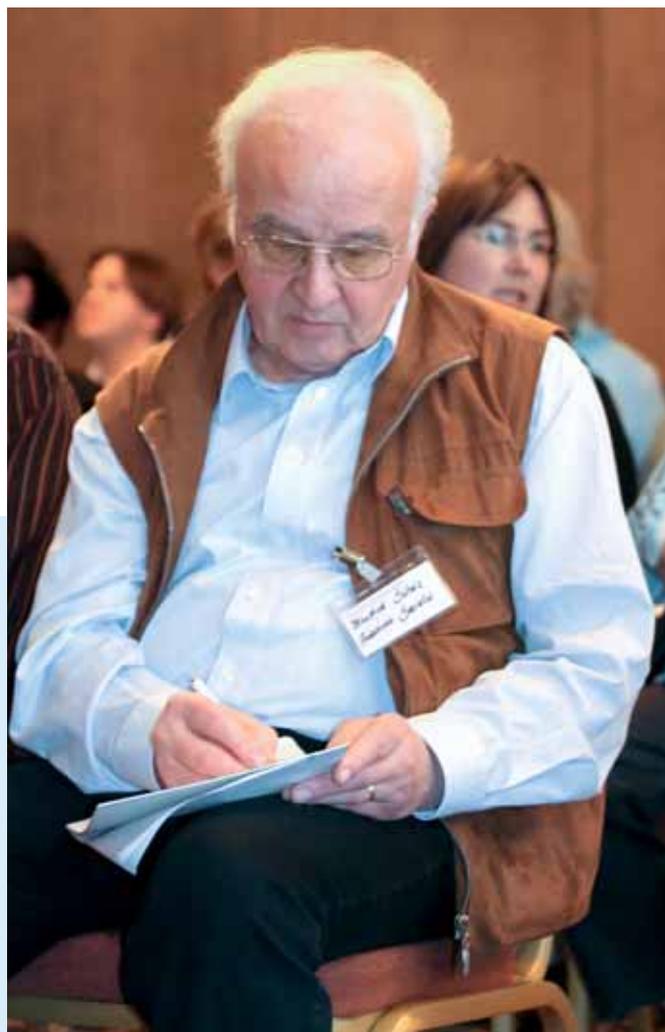
„Leistungen kann ich im Prinzip erst beanspruchen, wenn ich etwas dafür getan habe. Der Staat schafft dafür die Rahmenbedingungen, oft hat der Bürger aber nicht die Möglichkeit, sich innerhalb dieser Rahmenbedingungen zu entfalten.“

Mary Giring, Ausschuss Finanzen

Zentrale Forderungen:

Jedem Bürger, auch Kindern, steht ein steuerfreies Grundeinkommen von 12.000 Euro im Jahr zu. Für Werbungskosten und Betriebsausgaben sollte folgende Regelung gelten: Einkommensbezogene Werbungskosten sollten in Höhe von 500 Euro pauschal angerechnet werden. Unter Nachweispflicht können bis zu 1.500 Euro geltend gemacht werden. Sonderabschreibungen, Ansparrücklagen usw. entfallen. Dies gilt ebenso für Sonderausgaben, außer den Beiträgen zur Alters-, Kranken- und Pflegevorsorge, die der eigenverantwortlichen Vorsorge dienen. Die oben genannten Freibeträge müssen regelmäßig der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes angepasst werden.

Der einheitliche Steuersatz sollte mit Übergangsregelungen eingeführt werden.





4.2.2 Neues Steuersystem

BürgerRedakteur: Heinrich Scheeben

Zustimmung: 76,8 %

Kernaussage:

Es gibt zu viele Steuergesetze und Subventionen. Die Bürger können die Steuergesetzgebung nicht mehr nachvollziehen. Findige nutzen die Gesetze zu ihren Gunsten aus.

Zentrale Forderungen:

Ein neues Steuersystem muss eingeführt werden. Es sollte nach den Grundsätzen der Einfachheit, Transparenz, Gerechtigkeit und Ergiebigkeit gestaltet werden; z. B. mithilfe von „Regelsteuersätzen“, die für jedermann verbindlich gelten.

Alle bisher bestehenden Subventionen sollten auf den Prüfstand gestellt werden. Der Erhalt von Subventionen ist künftig zeitlich befristet. Eine unabhängige Expertengruppe wird mit der Erarbeitung von Vorschlägen zur Vereinfachung der Steuergesetzgebung und des Subventionsabbaus beauftragt. Diese werden bis zum 1. Januar 2010 umgesetzt.

4.3 Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldung ist zu hoch. Dieses Problem wird durch den demographischen Wandel verschärft.

4.3.1 Abbau der Staatsverschuldung

BürgerRedakteurin: Katharina Doedens

Zustimmung: 66,8 %

Kernaussage:

Die hohe Staatsverschuldung schränkt den politischen Handlungsspielraum ein. Sie belastet heutige und zukünftige Generationen.

Zentrale Forderungen:

Staatliche Ausgaben dürfen nicht mehr durch die Aufnahme von Krediten finanziert werden. Artikel 115 Grundgesetz ist entsprechend zu ändern. Inhalt ist danach der Abbau der bestehenden Staatsverschuldung und die Einschränkung der Neuverschuldung. Eine entsprechende Regelung ist in die Satzungen der übrigen öffentlichen Haushalte zu übernehmen.

„Ich finde es schon sehr spannend, an dem Thema zu arbeiten und so viele Anregungen zu lesen. Doch das System sind wir selber, alle. Wir zahlen in das System ein und viele meinen, dass sie noch mehr als sie eingezahlt haben wieder herausholen müssen. Das ist einfach falsch.“

Holger Mienkuß, Ausschuss Finanzen

Ausnahmen von dieser Regel bedürfen einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages und sind beschränkt auf

- Katastrophen, Seuchen und Verteidigungsfälle,
- den Ausgleich struktureller Unterschiede zwischen den Regionen und
- den Ausgleich konjunkturbedingter Schwankungen.

Kredite können nur mit einer zeitnahen Tilgungsverpflichtung aufgenommen werden. Altschulden werden nach einem gesetzlichen Tilgungsplan über 60 Jahre getilgt. Unvorhergesehene Mehreinnahmen gehen vollständig in die Schuldentilgung.



4.3.2 Wirtschaftliche Staatsaufgaben

BürgerRedakteur: Gerhard F. Maurer

Zustimmung: 70,0 %

Kernaussage:

Bei der Verwendung öffentlicher Mittel müssen wirtschaftliche Aspekte stärker berücksichtigt werden.

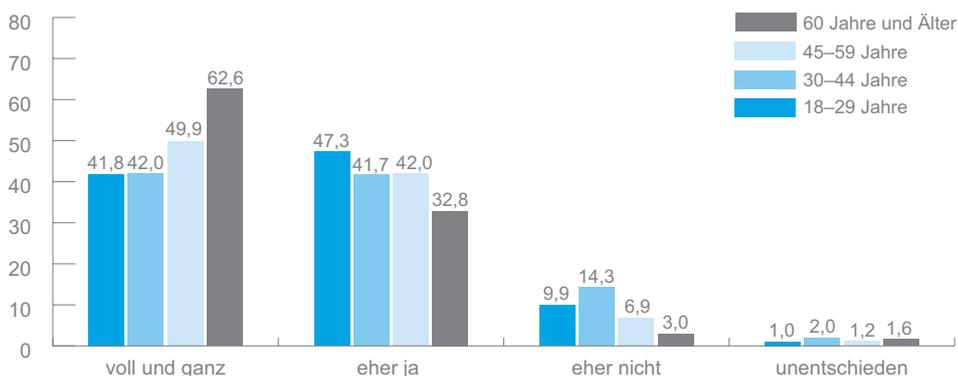
Zentrale Forderungen:

Verbindliche Kosten-/Nutzen- und Finanzierungsplanungen für alle öffentlichen Ausgabenvorhaben müssen eingeführt werden. Die Rechnungshöfe müssen bei der Kontrolle der Haushalte eine stärkere Rolle spielen.

Besonders kostenintensive Vorhaben bedürfen hoher Zustimmungsquoren bei parlamentarischen Abstimmungen.

Um die Ausgaben der öffentlichen Haushalte besser kontrollieren zu können, müssen moderne Instrumente der Haushaltplanung installiert sowie ein höheres Maß an Bürgerbeteiligung eingeführt werden.

Einschätzungen zur Staatsverschuldung nach Altersgruppen: Je älter umso sparsamer



Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Die Staatsverschuldung muss abgebaut werden, der Staat sollte nicht mehr Geld ausgeben dürfen, als er einnimmt.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum BürgerProgramm



5. Globalisierung

5.1 Ethik in der Wirtschaft vermisst

Das Handeln von Wirtschaft und Konsumenten entspricht zu wenig ethischen Anforderungen. Auf der einen Seite stehen Hedgefonds und Subventionen, auf der anderen Seite ‚Geiz ist geil‘.

5.1.1 Grundlagen ethischen Handelns

BürgerRedakteurin: Susanne Scholz

Zustimmung: 81,5 %

Kernaussage:

Das Bildungswesen hat die Aufgabe, frühzeitig ethische Grundlagen zu vermitteln. Ziel ist es, ein gewaltfreies Miteinander in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und einen toleranten Dialog zwischen den Kulturen zu fördern.

Zentrale Forderungen:

Im gesamten Bildungswesen sollen die Grundlagen ethischer Werte gelehrt und gefördert werden. Zudem sind flächendeckende Angebote zur Elternschulung als Hilfestellung zur Kindererziehung gefordert.

Im Unterricht muss Teamverhalten und Toleranz praxisnah gelehrt werden. Besondere Bedeutung kommt einer fundierten Ethikschulung der Pädagogen zu.



Die Erziehung zu einem gewaltfreien Miteinander muss durch die Einführung von Schülerparlamenten und die Ausbildung von Streitschlichtern an Schulen unterstützt werden. Schulträger müssen die Rahmenbedingungen dafür gewährleisten.

Der kontinuierliche Dialog zwischen den Kulturen muss z. B. durch den Ausbau finanzieller Unterstützung und Anerkennung internationaler Freiwilligendienste geleistet werden.

5.1.2 Ethik in der globalen Wirtschaft

BürgerRedakteurin: Angelika Skibba

Zustimmung: 67,5 %

Kernaussage:

Da es keine internationalen Gesetze in Bezug auf das Verhalten von Unternehmen gibt, müssen Gesetze geschaffen werden, die Unternehmen weltweit zur Einhaltung ethischen und nachhaltigen Handelns verpflichten. Verantwortungsvoll handelnde Unternehmen sollen durch internationale Gremien geschützt werden. Die nationale Wirtschaft muss gefördert und unterstützt werden. Das Management muss sich zu ethischem Handeln verpflichten.

„Wenn der Konsument nicht erfährt, dass für die Herstellung seines gekauften Gutes Menschen zu Hungerlöhnen arbeiten müssen, die Umwelt zerstört wird und damit für die lebende und die nachfolgende Generation die Lebensmöglichkeiten zerstört werden, dann bleiben Menschen auf der Strecke.“

Wolfgang Erb, Ausschuss Globalisierung

Zentrale Forderungen:

Es müssen nationale und EU-weite Rahmenbedingungen zur Förderung der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft aufgestellt werden. Diese müssen globale Abhängigkeiten berücksichtigen. Zur Durchsetzung sind Kontrollgremien notwendig.

Deutschland muss sich in Gremien der EU und der UN dafür einsetzen, dass bereits vorhandene Vereinbarungen und Normen (z. B. der ILO, OECD u. a.) erweitert und für alle Länder rechtlich bindend werden.

Die bereits vorhandenen internationalen Normen bezüglich ethischen Verhaltens der Unternehmen müssen sich in der deutschen bzw. EU-weiten Gesetzgebung wiederfinden.

Global agierende Unternehmen, die sozial vorbildlich handeln, müssen besonders gekennzeichnet und gefördert

werden. Im umgekehrten Fall müssen Unternehmen, die bestehende ethische Normen missachten, mit spürbaren Sanktionen rechnen.



EU-weit müssen neue Gesetze zur Verhinderung von Steuerhinterziehung geschaffen werden, damit z. B. „Steueroasen“ verhindert werden. Die so genannte Tobin-Steuer sollte bindend für alle EU-Länder eingeführt werden. Mithilfe der Tobin-Steuer werden globale Finanztransaktionen wie kurzfristige Devisenspekulationsgeschäfte besteuert.

Kleine und mittelständische Unternehmen bedürfen der Förderung, weil sie es sind, die regionale Arbeitsplätze schaffen und über Steuern und Sozialabgaben das Sozialsystem stärken.

5.1.3 Transparente Verbraucherinformation

BürgerRedakteurin: Berenike Cri Kamm

Zustimmung: 80,0 %

Kernaussage:

Konsumenten benötigen mehr Informationen über die Produkte und deren Produktionsbedingungen, um Kaufentscheidungen verantwortlich treffen zu können und dadurch den globalen Markt zu beeinflussen.



„Wenn ich den sehr einfachen Ansatz der Ampel nehme: Ab wie viel Umweltverträglichkeit ist es nicht mehr grün? Unter welchen Arbeitsbedingungen ist es grün. Ist Grün aus Uganda genauso grün wie Grün aus Deutschland?“

Albert Olinger, Ausschuss Globalisierung



Zentrale Forderungen:

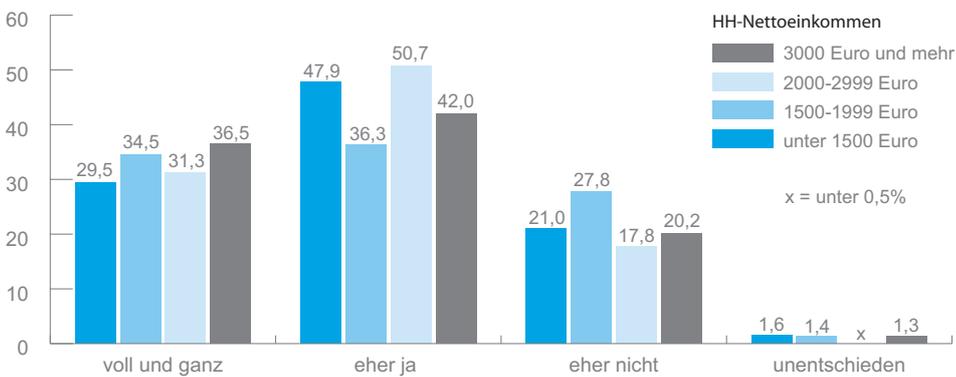
Es muss eine verpflichtende einheitliche Kennzeichnung aller Produkte geben, die bisherige Gütesiegel ersetzt. Denkbar ist eine „Ampel der Fairness“, die von grün = „fair“ bis rot = „unfair“ die Transparenz bezüglich der Herstellung eines Produktes anzeigt, und ein Strichcode, mit dessen Hilfe der Konsument über eine Online-Datenbank Zugriff auf die Produktinformationen hat.

Der Konsument soll über die Kriterien der Produkte, welche für die Bewertung ausschlaggebend sind, informiert werden: u. a. über Produktionsort, Transportwege, verwendete Rohstoffe, Arbeitsbedingungen bei der Herstellung, Entlohnung sowie die Umweltverträglichkeit des Produktes.

Um diese Informationen bereits beim Kauf abfragen zu können, müssen Geschäfte über die technische Möglichkeit des Produkt-Scannings verfügen.

Aufgabe der Verbraucherschutzorganisationen wird es sein, ein Gremium zu gründen. Dieses wirkt bei der Aufstellung der Kriterien, der Vergabe der Ampel/des Codes und der Kontrolle der Einhaltung mit.

Eine Mehrheit für die „Ampel der Fairness“



Alle Produkte sollten so gekennzeichnet sein, dass der Verbraucher auf einen Blick erkennen kann, ob bei der Herstellung des Produktes auf gute Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung, die Schonung der Umwelt usw. geachtet wurde.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Bürgerprogramm

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

5.2 Zu wenig direkte Demokratie

Es gibt zu wenig direkte Demokratie und Einbindung aller in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse – dafür zu viel Lobbyismus.

5.2.1 Bürgerforen und Volksentscheide

BürgerRedakteur: Mario Stock

Zustimmung: 75,8 %

Kernaussage:

Bürgerforen und Volksentscheide sind in Zeiten der Politikverdrossenheit wichtige Mittel, um die Bürger verstärkt in den Prozess der demokratischen Willensbildung einzubinden.

Zentrale Forderungen:

Volksbegehren und -entscheide müssen im Grundgesetz verankert werden. Bei Grundgesetzänderungen müssen zukünftig Referenden abgehalten werden.

Volksbegehren für einen Volksentscheid müssen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene als wirksames Instrument etabliert werden, um den Bürger vermehrt an der politischen Entscheidungsfindung teilhaben zu lassen. Das Initiativrecht liegt bei den Bürgern.

Eine absolute Mehrheit entscheidet über den verfassungskonformen Gesetzesvorschlag oder die Sachentscheidung.

„Außerdem kann man Ethik nicht wie Mathe oder Englisch lernen. Moral muss aus dem Menschen direkt kommen und kann nicht erzwungen werden.“

Mario Stock, Ausschuss Globalisierung



Bürgerforen sollen institutionalisiert werden – entsprechend dem BürgerForum 2008 – auf Bundes- und Landesebene durch Gründung einer politisch unabhängigen Organisation wie z. B. einer Stiftung. Bürgerforen sollten eine beratende Funktion innehaben.

5.2.2 Politische Bildung fördern

BürgerRedakteurin: Ulrike Klaschka

Zustimmung: 77,6 %

Kernaussage:

Politische Bildung muss gefördert werden. Schulen, Medien und Jugendarbeit müssen der politischen Bildung unter dem Motto „Lernen durch Handeln“ mehr Platz einräumen.

„Wenn wir jetzt alles, was wir sagen und wollen, in 100 Seiten rechtfertigen, dann sind wir wie die Politiker. Die reden und erklären auch so lange ... bis keiner mehr zuhört. Wir sagen es lieber kurz und knapp ... und handeln dann.“

Angelika Skibba, Ausschuss Globalisierung



Zentrale Forderungen:

Kommunale Jugendparlamente müssen etabliert werden. Sie müssen mit einer Entscheidungskompetenz über ein festgelegtes Budget für Jugendfragen ausgestattet sein.

Für politische Jugendarbeit müssen ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden, damit Exkursionen, Ferienseminare und Bürgerforen für interessierte Kinder und Jugendliche ermöglicht werden können. In den Lehrplänen der Schulen muss mehr politische Bildung verankert werden.

Wir appellieren an die Sendeanstalten des Fernsehens, dass verstärkt politische Bildung in die Programme aufgenommen wird.

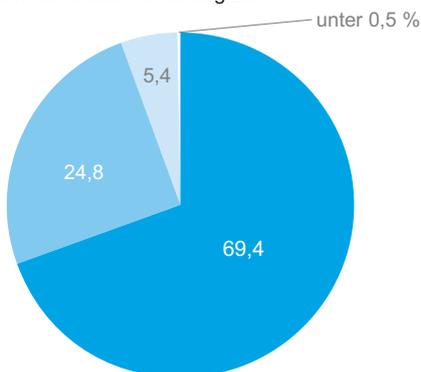
Die Printmedien und der Buchmarkt sollten sich bemühen, politische Themen für Kinder und Jugendliche zeitgemäßer und verständlicher aufzubereiten.

5.3 Fehlende internationale Standards

Es gibt globale Unternehmen (und Einzelpersonen), aber keine ausreichenden, demokratisch legitimierten, verbindlichen Vorgaben (z. B. für Recht, Politik, Umwelt- und Sozialstandards).

Keine öffentlichen Aufträge für unethische Firmen

Es stimmen dieser Forderung zu:



Unternehmen, die gegen das Arbeitsrecht, gegen den Umweltschutz oder gegen Menschenrechte verstoßen, sollten keine öffentlichen Aufträge (vom Bund, den Ländern oder den Gemeinden) mehr erhalten.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Bürgerprogramm

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

5.3.1 Globale Marktregeln

BürgerRedakteurin: Silke Weiß

Zustimmung: 79,0 %

Kernaussage:

Wir fordern die nationalen Regierungen und die EU auf, die Einführung von verbindlichen Regeln und Standards für den globalen Markt durchzusetzen!

Zentrale Forderungen:

Hierzu muss ein globales Wirtschaftsrecht mit wirksamen Sanktionen unter Berücksichtigung von Menschenwürde und Nachhaltigkeit entwickelt werden.

Die Bundesregierung und die EU müssen sich bei den Vereinten Nationen unter Einbindung weltweit agierender Nichtregierungsorganisationen für die Schaffung geeigneter Rechtsgrundlagen einsetzen. Darüber hinaus hat die EU dafür Sorge zu tragen, dass eine adäquate Besteuerung globaler Finanztransaktionen, z. B. für kurzfristige Devisenspekulationsgeschäfte, eingeführt wird.

Innerhalb der EU muss das Steuerrecht angepasst und die Zusammenarbeit mit bekannten „Steuroasen“ zur Verhinderung von Steuerhinterziehung intensiviert werden.

Öffentliche Aufträge müssen EU-weit an die Einhaltung ökologischer, arbeits- und menschenrechtlicher Standards gebunden werden.

5.3.2 Internationale Organisationen

BürgerRedakteurin: Margit Kindler

Zustimmung: 70,2 %

Kernaussage:

Das gemeinsame Ziel internationaler Organisationen (IOs) in Zeiten der Globalisierung muss es sein, die Lebenschancen aller Menschen zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die IOs gestärkt und die Demokratisierung ihrer Strukturen vorangetrieben werden.

Zentrale Forderungen:

Wir fordern die Schaffung von mehr Transparenz durch bessere Verbreitung der Informationen über die Entscheidungen und Berichte der IOs. Zudem müssen freie Zugänge zu den Berichten der IOs geschaffen werden, um eine Verbesserung der Aufsicht zu gewährleisten.

Die Vereinten Nationen müssen entsprechend den neuen politischen Gegebenheiten umstrukturiert werden. Dem UN-Sicherheitsrat muss eine breitere Basis als bisher verschafft werden. Er muss mehr Mitglieder umfassen. Mittelfristig muss die Sonderstellung der heutigen ständigen Mitglieder (Vetorecht) abgeschafft werden.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist bei nachgewiesener Kompetenz weltweit ein Mitspracherecht einzuräumen. Die Kontroll- und Sanktionsrechte der IOs müssen gestärkt werden.



„Es ist an der Zeit, die Subventionen für die Großkonzerne zu senken und dafür den Mittelstand zu stärken.“

Gabriele Möhnle, Ausschuss Globalisierung

6. Innovation

6.1 Ressourcen und Potenziale

Die Potenziale aller Menschen, insbesondere von älteren Arbeitnehmern, Familien, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, werden nicht genügend genutzt. Bei der Innovation wird der Mensch nicht in seiner Ganzheit berücksichtigt, sondern nur als wirtschaftlicher Faktor betrachtet. Die Gesellschaft ist nicht durchlässig genug.

6.1.1 Kommunikationsförderung

BürgerRedakteurin: Tinka Rieckhoff

Zustimmung: 69,8 %



Kernaussage:

Die zwischenmenschliche Dialogfähigkeit der Bürger untereinander soll gefördert werden. Ein verantwortungsvoller und kompetenter Umgang mit den Neuen Medien bietet darüber hinaus die Chance, die Kommunikationsmöglichkeiten zu verbessern und zu intensivieren.

Zentrale Forderungen:

Jedem Bürger soll die Möglichkeit gegeben werden, auf allen Ebenen (u. a. über Sprache, Telekommunikation und Internet) zu kommunizieren und eine umfassende Medienkompetenz zu erwerben.

Die sprachliche Ausdrucksfähigkeit muss bereits in der frühkindlichen Phase gefördert werden. Die Schule soll Möglichkeiten der gewaltfreien und konstruktiven Konfliktlösung fördern. Kommunikation ist als Schulfach einzuführen.

Der Zugang zum Internet zum Zweck der Informationsbeschaffung muss in allen Bildungseinrichtungen ebenso wie in sozialen Einrichtungen möglich sein und gefördert werden. Qualitätssicherung und Transparenz im Internet muss weiter ausgebaut werden. Qualitätsstandards sollen festgesetzt werden.

Das BürgerForum Soziale Marktwirtschaft ist ein gutes Beispiel für eine effektive, auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche übertragbare Kommunikationsplattform.

„Ich frage mich, wie kann ich die Lenker der sozialen Marktwirtschaft dazu bringen, dem Volk die Wahrheit zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu sagen. Es sind genügend Studien vorhanden, die belegen, dass unser jetziges System in absehbarer Zeit kollabiert. Die Wahrheit aber tut weh.“

Lothar Martin, Ausschuss Innovation



6.1.2 Motivationsanreize

BürgerRedakteurin: Manuela Gudat

Zustimmung: 71,7 %

Kernaussage:

Es gibt viele ungenutzte Ressourcen und Talente in unserer Gesellschaft. Um diese zu mobilisieren, bedarf es effektiver Motivationsanreize und individueller Förderung.

Zentrale Forderungen:

Es müssen individuelle Anreize geschaffen werden, die eigenen Ressourcen voll auszuschöpfen und kreative Ideen umzusetzen.

Gezielte Angebote und Rahmenbedingungen für beschäftigungslose Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Eltern und

Menschen mit Migrationshintergrund können die Nutzung dieser Potenziale ermöglichen.

Das Vertrauen in die eigenen Potenziale spielt dabei eine wichtige Rolle. Eigenengagement kann das Selbstvertrauen jedes Einzelnen fördern. Bei Kindern muss das Vertrauen in die persönlichen Fähigkeiten frühzeitig entwickelt werden.

6.2 Ohne Bildung keine Innovation

Es mangelt an der Finanzierung von Bildung und der Förderung von Kreativität und Begabungen.

6.2.1 Innovationsfördernde Bildungspolitik

BürgerRedakteurin: Ruth Kasperowski

Zustimmung: 74,5 %

Kernaussage:

Wir benötigen eine neue Bildungspolitik. Sie muss stärker auf die Förderung von Kreativität und die Ausschöpfung von Begabungen ausgerichtet sein.

Zentrale Forderungen:

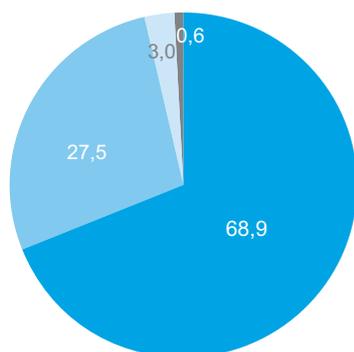
Gefordert wird ein durchgängiges Bildungskonzept von der Kindheit bis zum Rentenalter. Es beinhaltet die Förderung von Kreativität und sozialen Kompetenzen. Dies erfordert ein stärkeres staatliches Engagement bei Betreuungsplätzen, in Bildungseinrichtungen, Erwachsenenbildung und der Schulung und Einstellung des entsprechend ausgebildeten Personals.

Zwischen Forschung, Lehre und Arbeitswelt muss die Kommunikation und Kooperation verbessert werden.

Die frühkindliche Förderung muss ausgebaut werden, ebenso die schulische und berufliche Ausbildung. Das Studium muss für alle finanzierbar sein.

Wunsch nach größeren finanziellen Mitteln im Bildungsbereich

Es stimmen dieser Forderung zu:



Angaben in Prozent

Bevölkerung insgesamt



Der Staat sollte mehr Geld für Schulen und andere Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellen.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum BürgerProgramm

BertelsmannStiftung

6.2.2 Bedürfnisorientierte Familienpolitik

BürgerRedakteur: Guido Möller

Zustimmung: 87,9 %

Kernaussage:

Eine innovative Familienpolitik kann Freiheiten und Anreize zur Familiengründung schaffen. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Familienpolitik schafft die Grundlagen für jede familiäre Zukunftsplanung, unabhängig vom Status der Ehe.

Zentrale Forderungen:

Die Erziehungsleistung muss stärker honoriert und wertgeschätzt werden, u. a. bei der Rente.

Für Familien müssen individuelle Arbeitszeitmodelle geschaffen werden, die ihrer besonderen Situation Rechnung tragen. Die Kinderbetreuungszeiten müssen den Arbeitszeiten angepasst werden. Familienfreundliche Unternehmen sollen gefördert und Familien steuerlich entlastet werden.

Weiterbildungsmaßnahmen sollen den beruflichen Wiedereinstieg nach der Erziehungszeit vereinfachen.

Möglichkeiten der Unterstützung von Familien im Hinblick auf Bildung und Betreuung bieten generationenübergreifende Modelle, wie z. B. das Mehrgenerationenhaus oder „die Leihoma/der Leihopa“.

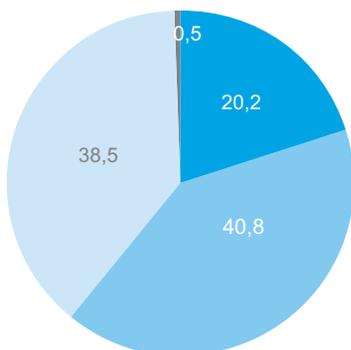


Es muss ein bedarfsdeckendes Netz von erschwinglichen Krippen- und Kindergartenplätzen aufgebaut werden.

Die Qualität der Ganztagesförderung für Kinder in Hort und Schule ist zu verbessern.

Kostenlose Computerkurse nicht mit Nachdruck erwünscht

Es stimmen dieser Forderung zu:



Bevölkerung insgesamt



Der Staat sollte für alle Altersgruppen kostenlose Kurse anbieten, in denen man den Umgang mit Computern und dem Internet erlernen kann.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Bürgerprogramm

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung



6.3 Ideologische Beschränkungen in der Forschung

Die Forschung ist unfrei aufgrund ideologischer Beschränkungen. Die Offenheit für Innovationen ist nicht ausreichend und der Umgang mit ihnen nicht angemessen.

„Der qualifizierte Mitarbeiter als Humankapital gewinnt gegenüber dem Sachkapital in den Betrieben immer mehr an Bedeutung und ist heute die treibende Kraft bei Innovation und Produktionszuwächsen.“

Manfred Fleischmann, Ausschuss Innovation

6.3.1 Wertneutrale Forschungsförderung

BürgerRedakteur: Robert Löscher-Hotz

Zustimmung: 55,9 %

Kernaussage:

Eine wertneutrale Forschungsförderung ist eine maßgebliche Grundvoraussetzung für Innovation.

Zentrale Forderungen:

Unabhängige Gremien, vergleichbar dem Ethikrat, müssen über die Vergabe von Forschungsmitteln entscheiden.

Die staatlichen Investitionen in die Forschung müssen erhöht werden, um auch seltene Forschungsgebiete zu fördern. Des Weiteren dürfen die vergebenen Forschungsmittel keinem parteipolitischen Kalkül oder ideologischen Gründen unterliegen. Sie sollen sich primär auf nationale Projekte beziehen.

Um die Effizienz der Forschung zu steigern, sollen sich die verschiedenen Forschungseinrichtungen besser vernetzen.

Eine Trennung von Forschung und Anwendung ist zwingend notwendig.



7. Soziales

7.1 Ungenügende soziale Sicherungssysteme

Die sozialen Sicherungssysteme sind nicht ausreichend, nachhaltig und generationengerecht finanziert. Es fehlt ein gesichertes und solidarisches Netz für Alte, Kranke und Pflegebedürftige. Besserverdienende und Pharmaunternehmen gewinnen.

7.1.1 Bezahlbares Gesundheitssystem

BürgerRedakteur: Michael Omar Gerards

Zustimmung: 83,1 %

Kernaussage:

Die Leistungen des Gesundheitssystems müssen für jeden verfügbar und bezahlbar sein. Die medizinische Versorgung muss staatlich gesichert werden. Eine Gesundheitskasse, finanziert aus einem solidarischen Beitrag aller Bürger, muss eingeführt werden.

Zentrale Forderungen:

Ein neuer übersichtlicher Leistungskatalog inklusive einer verbindlichen Positivliste der vom Arzt zu verordnenden Medikamente muss aufgestellt werden. Auf diese Weise ließe sich der dominierende Einfluss der Pharmaindustrie zurückdrängen.

Ein Maßnahmenkatalog zur Gesundheitsvorsorge muss aufgestellt, die Eigenverantwortung des Bürgers für seine Gesundheit gefordert und gefördert werden. Innovative Projekte wie z. B. generationenübergreifende Wohnmodelle müssen unterstützt werden.

Die Kostenabrechnung der Gesundheitsvorsorge muss transparent werden, medizinisch unnötige Eingriffe müssen vermieden werden, auch um auf diese Weise Kosten zu senken.

Das Solidaritätsprinzip im Gesundheitssystem muss gestärkt werden.

7.1.2 Gesichertes Rentensystem

BürgerRedakteurin: Wiebke Schoon

Zustimmung: 82,7 %

Kernaussage:

Wir brauchen ein neues, der demographischen Entwicklung angepasstes, gesichertes Rentensystem für alle.

Zentrale Forderungen:

Zu erarbeiten ist ein Kombinationsmodell, das das herkömmliche Rentensystem mit dem Prinzip einer Grundsicherung verbindet: Die steuerfinanzierte grundgesicherte Rente gilt hierbei als Basis, die jedem Rentner in gleicher Höhe zusteht. Hinzu kommen die im Arbeitsleben erworbenen gesetzlichen Rentenansprüche.



„Mit der Einführung der Privatrente nach Riester hat man vor allem der Wirtschaft einen Gefallen getan: Statt die gleiche Summe in die staatliche Rentenkasse einzuzahlen und diese damit finanziell leistungsfähig zu erhalten, werden der Versicherungsbranche Milliarden in den Rachen geworfen. Ein besseres Beispiel für die Durchsetzungskraft einer Wirtschaftslobby gibt es wohl kaum.“

Rainer Kimling, Ausschuss Soziales



Eine fundierte Bildung und die Integration der Bürger in den Arbeitsmarkt müssen als langfristige Investition zur Sicherung der Renten verstanden werden. Der Umgang mit den Rentenbeiträgen muss verantwortungsvoll, mündelsicher und zweckgebunden sein.

7.2 Mangelnde Integration

Die mangelnde Integration von älteren Mitbürgern, Migranten und sozial Schwachen führt zu Entwurzelung und Isolation. Die Chancen dieser Gruppen müssen durch möglichst frühe Förderung und Einbindung in die Bildung, das Gesundheitssystem und den Arbeitsmarkt deutlich erhöht werden.

7.2.1 Integration von Migranten

BürgerRedakteurin: Kerstin Glaser

Zustimmung: 88,2 %

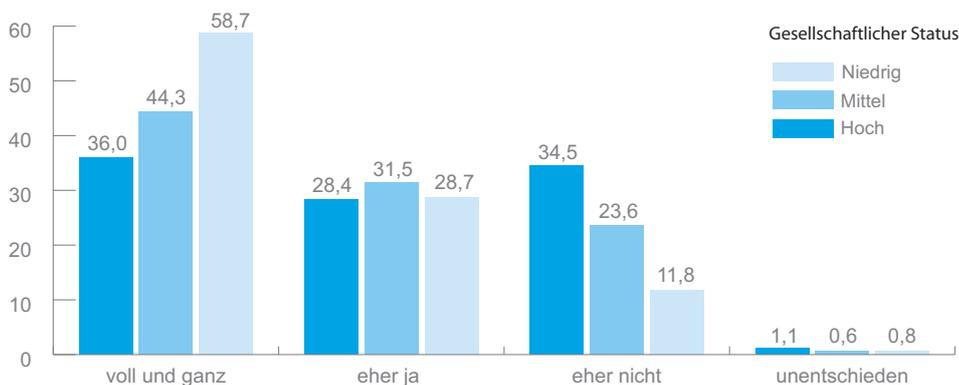
Kernaussage:

Eine bessere Integration der Migranten wird nur erreicht, wenn Gesellschaft und Migranten mehr aufeinander zugehen. Eine Aufklärung beider Seiten über die verschiedenen kulturellen Hintergründe ist sinnvoll und notwendig. Das Ziel ist, eine möglichst umfassende Beteiligung der Migranten am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu erreichen.

Zentrale Forderungen:

Sprachunterricht ist für alle Migranten ebenso verpflichtend wie Integrationskurse zur Vermittlung unserer Kultur, der Rechtsordnung und der gesellschaftlichen bzw. demokratischen Grundwerte.

Starke Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Statusgruppen bei der Grundrente



Angaben in Prozent

| BertelsmannStiftung

Jeder sollte Anspruch auf eine vom Staat finanzierte Grundrente haben, die für alle gleich hoch ist und vor der man leben kann.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum BürgerProgramm

Die frühe Integration der Kinder muss durch gleichberechtigte Teilnahme an vorschulischen und schulischen Angeboten und später an denen des Arbeitsmarktes gefördert werden. Hierfür muss die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten, Schulen und Ämtern über die gesamte Entwicklungszeit eines Menschen verbessert werden.

Es gelten klare Einwanderungsregeln, die zur Einbürgerung führen sollen, wenn bestimmte Voraussetzungen (Sprache, Ausbildung, Arbeit, Familie usw.) erfüllt sind.

7.2.2 Stärkung der Rechte von Behinderten und chronisch Kranken

BürgerRedakteurin: Monika Hohnroth

Zustimmung: 76,2 %

Kernaussage:

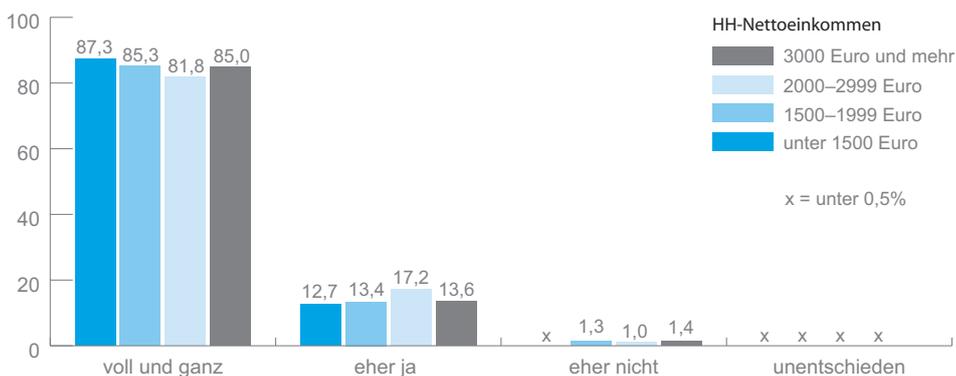
Behinderte und chronisch kranke Menschen haben einen Anspruch auf die in der Sozialgesetzgebung verankerten Leistungen. Der Zugang wird durch unabhängige, neutrale Beratungs- und Koordinierungsstellen gewährleistet.

Zentrale Forderungen:

Kindergärten und Schulen müssen in die Pflicht genommen werden, Kinder mit Behinderung zu integrieren. Geschultes Personal und eine angepasste Größe der Gruppe sind Voraussetzungen.



Große Präferenz aller Einkommensgruppen für eine staatlich sichergestellte und bezahlbare Gesundheitsversorgung



Der Staat muss eine bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle Bürger sicherstellen.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Bürgerprogramm

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Behindertenvertreter in Firmen, Gemeinden und anderen Institutionen müssen gestärkt werden. Eine einheitliche Ausbildung garantiert einen gemeinsamen Informationsstand.

Das menschenunwürdige Freikaufen von Behindertenarbeitsplätzen ist abzuschaffen.

Für öffentliche Gebäude und Einrichtungen dürfen nur Baugenehmigungen erteilt werden, wenn sie behindertengerecht geplant sind. Alte Gebäude, die den Richtlinien nicht entsprechen, müssen umgebaut werden.

Bei Bedarf muss die Unterstützung durch einen Integrations-/Therapiehelfer oder ggf. eine Gemeindegeschwister gewährleistet sein. Die Inanspruchnahme muss unbürokratisch geregelt sein.

7.2.3 Verteilung der Sozialleistungen

BürgerRedakteur: Johann Mitterer

Zustimmung: 55,5 %

Kernaussage:

Die derzeitige Situation ist mangelhaft für Menschen, die am Existenzminimum leben. Es besteht Handlungsbedarf, Sozialleistungen neu zu gewichten und Sozialverbände zu stärken. Hilfe zur Selbsthilfe ist das Ziel.

Zentrale Forderungen:

Eine Vernetzung der Stellen, die die Mittel gewähren, ist notwendig. Das Antragswesen ist zu vereinfachen.

Unterstützt werden sollen alle Menschen, um Bedürftige nicht auszugrenzen und sie aus der Rolle des Bittstellers herauszuholen. Unabhängig von seiner Lebenssituation muss die Würde des einzelnen Bürgers gewahrt werden.

Für die Kinderbetreuung müssen bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Wahl zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit zu ermöglichen.

Eine allgemeine Grundsicherung muss durch Einbeziehung von Hartz IV, Kindergeld usw. finanziert werden.

7.3 Soziale Schieflage

Einkommen, Wohlstand, Leistungen und Belastungen sind ungerecht verteilt. Die Unterschicht und auch die Mittelschicht werden klein gehalten. Bezahlte und unbezahlte Arbeit werden ungleich bewertet und viele können trotz Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht mehr finanzieren.

7.3.1 Einkommensgerechtigkeit

BürgerRedakteur: Ansgar Wegner

Zustimmung: 72,4 %

Kernaussage:

Einkommensgerechtigkeit wird unter anderem über Mindestlöhne und die dynamische Anpassung der Sozialleistungen an

„Welche sind die Kriterien für eine gerechte Verteilung? Verteilung von Was? Wer gibt, wer bekommt? Wann findet Gerechtigkeit statt? [...] Was bedeutet das? Ich möchte nicht interpretieren. Interpretationen können subjektiv sein, deshalb möchte ich wissen was gemeint ist.“

Viviana J. C. von Falkenhausen, Ausschuss Soziales





die Preisentwicklung erreicht. Für die Zukunft sind die Möglichkeiten eines bedingungslosen Grundeinkommens zu prüfen.

Zentrale Forderungen:

Nur durch Mindestlohn kann ein angemessenes Auskommen erreicht werden, das bei einer durchschnittlichen Arbeitswoche die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Die Höhe des Mindestlohns muss regelmäßig den realen Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Das Drohwort „Arbeitsplatzabbau“ darf nicht länger – unter Mitwirkung der Politik – zur Schaffung neuer Billigjobs führen.

7.3.2 Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit

BürgerRedakteur: Ralf Hanle

Zustimmung: 52,8 %

Kernaussage:

Ehrenamtliche, wie familiäre, gesellschaftliche und soziale Arbeiten, sind eine wichtige Grundlage jeder Gesellschaft. Dieses Engagement muss von der Gesellschaft in hohem Maße anerkannt werden. Hierfür schafft der Staat die finanziellen Rahmenbedingungen.

Zentrale Forderungen:

Die öffentliche Anerkennung muss durch Politiker, Behörden und staatliche Institutionen erfolgen, die den Wert sozialen Engagements bei öffentlichen Auftritten betonen.

Die Vermittlung von ethischen Werten und sozialen Kompetenzen wird verbindlich in die pädagogischen Konzepte und Lehrpläne aufgenommen – vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung.

Gemeinden schaffen eng verknüpfte Anlauf- und Beratungsstellen zur unbürokratischen Unterstützung und Organisation.

Eine unbürokratische Kostenübernahme durch die jeweiligen Träger ist zu gewährleisten.

Wissen und Erfahrung aller Beteiligten müssen beachtet werden.

„Ich könnte mir vorstellen, dass es nur eine Krankenkasse gibt, ähnlich der Rentenkasse. Diese wäre dann für die Grundversorgung zuständig. In diese zahlen alle – unabhängig vom Einkommen – einen Prozentsatz ein. Wer mehr möchte, wie Chefarztbehandlung, Einzelzimmer im Krankenhaus usw., kann dies über private Zusatzversicherungen – wie heute ja auch schon möglich – erhalten.“

Horst Jünger, Ausschuss Soziales



7.3.3 Verteilungsgerechtigkeit

BürgerRedakteurin: Katrin Scholz

Zustimmung: 85,3 %

Kernaussage:

Die Einkommen und Belastungen (Steuern und soziale Abgaben) sind ungerecht verteilt. Familien, Geringverdiener, Rentner und Alleinerziehende sind benachteiligt. Ein soziales Auseinanderdriften muss verhindert werden.

Zentrale Forderungen:

Die Verantwortung des Kapitals zur Erhaltung des sozialen Friedens muss wiederhergestellt werden.

Zusätzlich zu der bestehenden Grundsicherung (staatliche Transferleistungen wie z. B. ALG II) müssen geldwerte Sozialleistungen und Beratung zur Selbsthilfe umgesetzt werden.

Für alle Bürger (auch Beamte und Besserverdienende) gilt eine Sozialversicherungspflicht ohne Beitragsbemessungsgrenzen. Eine zusätzliche Privatversicherung ist möglich.

Ein einfaches, nachvollziehbares Steuersystem muss eingeführt, Mehrfachbesteuerung abgeschafft und Steuerschlupflöcher müssen beseitigt werden.



„Wo es einen Mindestlohn gibt, sollte es auch einen Maximallohn geben. Allerdings sehe ich darin die Gefahr, dass viele Fachkräfte ins Ausland gehen, um dort mehr Geld zu verdienen.“

Astrid Gester-Hammann, Ausschuss Soziales

8. Umwelt

8.1 Lebensgrundlagen gefährdet

Unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit sind durch Verschmutzung der Atmosphäre, des Wassers, des Bodens und den Schwund von Artenvielfalt gefährdet. In der Landwirtschaft bedrohen das Sterben kleiner Höfe, nicht artgerechte Tierhaltung und die unabsehbaren Folgen der grünen Gentechnik die gesunde Ernährung.

8.1.1 Gesunde Lebensmittel

BürgerRedakteurin: Kerstin Lange

Zustimmung: 89,4 %

Kernaussage:

Die Erzeugung von gesunden Lebensmitteln muss für alle sichergestellt werden. Die Bedingungen dabei sollen für Mensch, Tier und Umwelt gesund und gerecht sein. Die Artenvielfalt muss erhalten und gefördert werden.

Zentrale Forderungen:

Die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen muss verboten werden.

Bei allen Lebensmitteln sind ihre Herkunftsregion sowie die Betriebsgröße verbraucherfreundlich zu kennzeichnen, um kleinere, regionale Betriebe zu fördern.



Lebendtiertransporte, die 200 Kilometer Entfernung überschreiten, sind ebenso auszuschließen wie der Import und die Verfütterung gentechnisch veränderter Futtermittel. Stattdessen muss eine artgerechte Fütterung sichergestellt werden.

Durch den Ausbau und die Vernetzung von Feldhecken, Uferand- und Ackerrandstreifen soll die Artenvielfalt gefördert werden. Dies wird durch die Reduktion von Flächenneuersiegelung unterstützt.

Die für alle Forderungen notwendigen Entscheidungen müssen umgehend von einem unabhängigen Umweltinstitut getroffen werden.



„Die Zeit drängt! Die Staaten, die willens sind, Alternativen zu finden und umzusetzen, sollten in einen gemeinsamen Topf einzahlen, um staatsübergreifend und interdisziplinär die Forschung zu ermöglichen und zu finanzieren ...“

Michael Frey, Ausschuss Umwelt



8.1.2 Umweltkosten

BürgerRedakteur: Bernd Lantin

Zustimmung: 60,0 %

Kernaussage:

Unternehmen tragen für ihre Produkte einen vergleichsweise zu geringen Anteil an den Umweltkosten – was den Verbrauchern nicht hinreichend bewusst ist.

Zentrale Forderungen:

Es müssen alle die Umwelt belastenden Faktoren ermittelt und die Umweltkosten auf die Produkte umgelegt werden. Zu diesem Zweck müssen die Produkte mit einer Verbraucherinfor-

mation gekennzeichnet werden, die das Bewusstsein für die Problematik schärft und gezielte Kaufentscheidungen ermöglicht.

Kurzfristig soll die Transport-, Energie- und Wasserbilanz auf den Verpackungen von Lebensmitteln ausgewiesen werden.

Mittelfristig sollen Umweltbilanzen über den gesamten Lebenszyklus von Produkten erstellt werden. Ein Ökobilanz-Label soll geschaffen, verpflichtend eingeführt und bekannt gemacht werden.

Langfristig muss ein Verfahren entwickelt werden, mit dessen Hilfe die Umweltfolgekosten auf den Produktpreis umgelegt werden können.

Schließlich soll ein verpflichtendes Versicherungssystem für eine Umwelthaftpflicht entwickelt und durchgesetzt werden.

8.1.3 Umweltschonender Verkehr

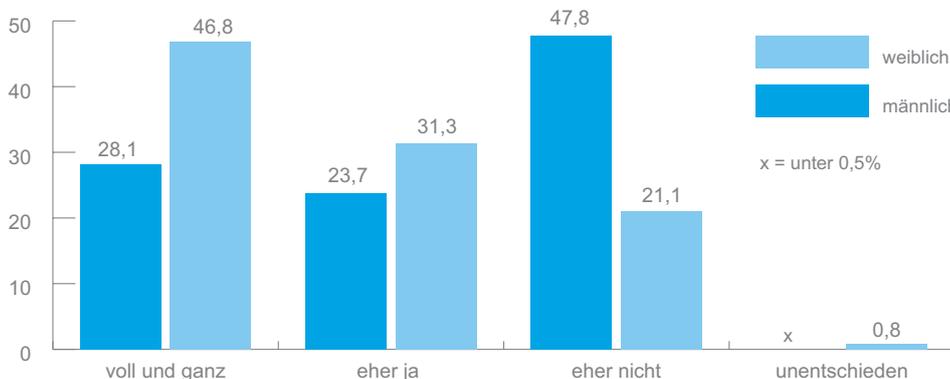
BürgerRedakteur: Martin Weidemann

Zustimmung: 75,0 %

Kernaussage:

Ein oftmals unnötiger Transport von Gütern und Personen belastet die Umwelt und verschwendet notwendige Ressourcen der nachfolgenden Generationen.

Geschlechtertrennung beim Tempolimit



Angaben in Prozent

| BertelsmannStiftung

Es sollte ein allgemeines Tempolimit auf allen Autobahnen geben, z. B. 130 km/h.

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Bürgerprogramm

Zentrale Forderung:

Überflüssiger Güterverkehr (u.a. Leerfahrten) auf der Straße muss vermieden werden. Der Güterverkehr auf Wasser und Schiene ist grundsätzlich vorzuziehen.

Eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung muss auf allen Autobahnen gelten.

Umweltfreundliche Transportmittel müssen günstiger angeboten und für ihre Hersteller gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Entwicklung umweltschonender Antriebssysteme unterstützen.

Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut und in Kombination mit beispielsweise Carsharing attraktiver angeboten werden.

Die Steuerfreiheit von Kerosin ist abzuschaffen.

8.2 Ausbeutung der Natur

Wir gehen verantwortungslos und unethisch mit Energie und fossilen Energiequellen, Ressourcen, Technologien, Gentechnik, Atomkraft und Chemie um. Unsere Wirtschaft hat ein zwiespältiges Verhältnis zum Thema Umwelttechnik.

8.2.1 Anreize und staatliche Regelungen

BürgerRedakteur: Jan Christian Schinke

Zustimmung: 73,5 %

„Unserer Bevölkerung sollte klar sein, dass Umweltschutz uns alle betrifft. Daher wäre es wünschenswert, wenn weiter aufgeklärt würde. Frei nach dem Motto: ‚Jeder kann mitmachen, und es tut nicht weh!‘“

Vanessa Bergmann, Ausschuss Umwelt

Kernaussage:

Investitionen in umweltfreundliche Energien und Technologien werden durch den Staat gefördert: Ressourcenverbrauch soll mithilfe staatlicher Lenkung gesenkt, und der Einsatz nachhaltiger, energiesparender Techniken für Konsumenten und Industrie belohnt werden.

Zentrale Forderungen:

Steuernachlässe oder Gutschriften werden für die Anschaffung umweltfreundlicher Produkte gewährt, die geringe Energie- und Verbrauchswerte ausweisen.

Die Benutzung und das Angebot energieaufwändiger Technologien sind weiterhin möglich. Bei Neuanschaffungen wird eine Umweltzusatzabgabe erhoben (die aufgrund einer Negativliste des Bundesumweltamtes ermittelt wird).



Lokale Versorger werden verpflichtet, privat erzeugte und in die Netze eingespeiste Energie zu Festpreisen abzunehmen (auch für Wärme oder Wasser in Anlehnung an das Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG).

Für positive Umweltinvestitionen (ausgewählte Technologien) werden Unternehmen und Privathaushalten kürzere Abschreibungszeiten gewährt.

Bund, Länder und Kommunen richten ihre Vergabemodalitäten ökologisch aus und lassen die Gesamtkosten für Projekte über deren gesamte Nutzungsdauer ermitteln.

8.2.2 Neue Formen der Energiegewinnung

BürgerRedakteur: Julian Wolff

Zustimmung: 75,4 %

Kernaussage:

Ziel ist es, eine schnelle und radikale CO₂-Reduktion bei gesicherter Energieversorgung zu erwirken und dabei auf eine Kombination von globalen und regionalen Lösungen zu setzen.

Zentrale Forderungen:

Lokale und dezentrale Stromproduktion mit erneuerbaren Energien wird ergänzt durch internationale Lösungen, wie z. B. Solaranlagen in der Sahara, die von der EU mitfinanziert werden.

Viele kleine, dezentrale Energieversorger werden aufgebaut bzw. gefördert (ein Zehn-Millionen-Dächer-Programm wäre ein Beispiel) und in virtuellen Kombikraftwerken zusammengefasst.

Photovoltaik (Strom) bekommt Priorität vor Solarthermie (Warmwasser, Heizung) bei Neubauten.

Eine Erzeugungsstruktur aus erneuerbaren Energien wird aufgebaut, die überschüssige Stromproduktion beispielsweise in Wasserstoff umwandelt und bei Bedarf in Brennstoffzellen einsetzt (z. B. bei mehr Wind oder Sonneneinstrahlung).

Um einen weiteren Anstieg des Stromverbrauchs zu verhindern, müssen alle möglichen Mittel eingesetzt werden. Das Ziel ist die effizientere Nutzung der Energie.

8.3 Ungenügende Sensibilisierung für Umweltfragen

Wir sind zu wenig für Umweltfragen sensibilisiert. Dazu gehören mangelnde Bewusstseins- und Umweltbildung sowie unzureichende Produktinformation und -deklaration.

8.3.1 Prämien, Sanktionen, Multiplikatoren

BürgerRedakteurin: Doris Philipp-Malz

Zustimmung: 53,2 %

Kernaussage:

Umweltschutz muss sich für den Einzelnen lohnen. Deshalb entwickelt und beaufsichtigt ein unabhängiger Rat (vergleichbar dem Ethikrat) dafür ein Prämienbonusprogramm.

„Ein weiser Mensch sagte: ‚Erziehung ist Vorbild und Liebe.‘ Also Eltern, Großeltern, Tanten, Onkel: Verhaltet euch vorbildlich. Macht den Wasserhahn zu, wenn kein weiteres Wasser gebraucht wird. Geht zu Fuß – wo immer möglich.“

Bernd Lantin, Ausschuss Umwelt

„Zu gern möchte ich unserer Regierung zu Änderungen in der Energiepolitik Vorschläge machen, vor allem mehr auf erneuerbare Energiequellen zu setzen.“

Erika Paul, Ausschuss Umwelt



Zentrale Forderungen:

Für vorbildlich umweltfreundliches Verhalten jedes Einzelnen werden Belohnungen (Geld-, Sach- und Erlebnisprämien) vergeben – ähnlich den Bonusprogrammen von Firmen.

Durch die Veröffentlichung einer „Positivliste“ ist eine wirk-same Kontrolle über eingehaltene Vorgaben des Umweltschut-zes gegeben.

Der Einzelne dient als Multiplikator, indem er sich freiwillig für Umweltschutz einsetzt und Werbung dafür im eigenen Um-feld betreibt. So genannte Umweltscouts tragen Ideen in grö-ßere Gruppen.

8.3.2 Gestaltung der Medienlandschaft

BürgerRedakteurin: Eva-Maria Herrmanns

Zustimmung: 74,3 %

Kernaussage:

Die Medien müssen sich ihrer Verantwortung stellen, indem sie das Umweltbewusstsein in der Gesellschaft mitgestalten und fördern.

Zentrale Forderungen:

Medienvertreter sollten die Bedeutung der Umwelt als Grund-lage jeder Existenz hervorheben und ökologisches Verhalten fördern.

Eine allgemein verständliche Vorstellung neuer umweltscho-nender Techniken ist ebenso gefragt wie neutrale Aufklärungs-arbeit, z. B. über Energieverbrauch und Gentechnik.

Ein Schwerpunkt soll auch auf positiven Nachrichten liegen. Erfolgsdokumentationen sorgen für positive Grundstimmung und Motivierung.

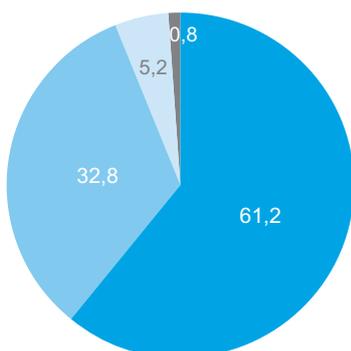
Massenwirksame und interaktive Sendeformate (z. B. Umwelt-quiz) vermitteln umwelterzieherische Inhalte.

Kostenlose Umweltspots mit Prominenten sollen in Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt werden (vergleichbar mit der Aids-Aufklärung).

Innovative PR-Arbeit und direkte Kommunikation mit dem Konsumenten – z. B. mittels Events mit umweltorientierten Firmen, Umweltsponsoring von Firmen, ehrenamtlicher Mitar-beit und Mitmach-Aktionen – sollten weitere Maßnahmen sein.

Große Mehrheit der Befragten für den Ausbau erneuerbarer Energien

Es stimmen dieser Forderung zu:



Bevölkerung insgesamt



Erneuerbare Energien soll-ten in Deutschland rasch ausgebaut werden (z. B. durch mehr Solaranlagen, Windkraftwerke, Wasser-kraftwerke usw.).

Repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Bürgerprogramm

Angaben in Prozent

| BertelsmannStiftung



8.3.3 Umwelterziehung

BürgerRedakteur: Holger Kleine-Eickhoff

Zustimmung: 82,0 %

Kernaussage:

Umwelterziehung beginnt bereits in der Familie mit der Vorbildfunktion der Eltern und setzt sich mit der Arbeit der Pädagogen in (vor-)schulischen Einrichtungen und auf dem gesamten Bildungsweg fort. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der Umwelt wird auf diese Weise selbstverständlich.

Zentrale Forderungen:

Pädagogen sollen bereits in ihrer Ausbildung in dieser Thematik geschult werden, um eine Umwelterziehung in möglichst vielen Fächern zu gewährleisten.

Umweltschutz muss in den Lehrplänen verankert sein, entsprechende Lehr- und Lernmaterialien müssen bereitgestellt werden.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Erziehung/Bildung von Kindern und Jugendlichen (wegen der lebenslangen Prägung), z. B. durch Umweltpatenschaften von Schulen/Klassen.

Umwelterziehung soll durch mehr Angebote in öffentlichen Einrichtungen und in Umweltzentren Eingang in die Erwachsenenbildung finden.

Das Verhältnis von Umwelt und Wirtschaft ist zu thematisieren und öffentlich transparent zu machen.

„Wir verhalten uns wie richtige Politiker. Wir sagen mit vielen Worten gar nichts. Die bis jetzt gemachten Forderungen sind einerseits populistisch, andererseits radikal. Zum einen wird nach dem Polizeistaat geschrien, zum anderen mit Geschenken geködert. Wir müssten uns erst einmal klar sein, was wir eigentlich vom Staat wollen, bevor wir einen Forderungskatalog aufstellen, der in sich so widersprüchlich ist.“

Wolfgang Marold, Ausschuss Umwelt

Teilnehmerliste

Vorname	Name	Ausschuss	Bundesland
Petra	Adam	Arbeit	Mecklenburg-Vorpommern
Ulrich	Adomaitis	Globalisierung	Baden-Württemberg
Markus	Andersen	Arbeit	Hamburg
Margaretha	Arnold	Demographie	Baden-Württemberg
Herbert	Bachor	Arbeit	Bayern
Detlef	Bading	Arbeit	Berlin
Thomas	Baecke	Umwelt	Sachsen-Anhalt
Moritz	Bailly	Globalisierung	Nordrhein-Westfalen
Iris	Bandner	Arbeit	Baden-Württemberg
Erwin	Bär	Arbeit	Nordrhein-Westfalen
Carolin	Becker	Arbeit	Sachsen
Edith	Becker	Finanzen	Nordrhein-Westfalen
Bettina	Behrens	Finanzen	Hamburg
Klaus	Berg	Globalisierung	Nordrhein-Westfalen
Vanessa	Bergmann	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Patricia	Bergmann	Arbeit	Hessen
Christine	Bergmann	Globalisierung	Bayern
Rüdiger	Bicker	Arbeit	Nordrhein-Westfalen
Regina	Binder	Bildung	Hessen
Bertraud	Bleu	Globalisierung	Niedersachsen
Stephan	Bloch	Soziales	Berlin
Brigitta	Blume	Umwelt	Brandenburg
Wolfgang	Bohmeier	Demographie	Nordrhein-Westfalen
Andreas	Bortz	Globalisierung	Nordrhein-Westfalen
Udo	Brand	Innovation	Bayern
Martin	Breidenbach	Demographie	Niedersachsen
Klaus	Brück	Demographie	Hessen
Alexander	Bucherer	Demographie	Bayern
Michele	Bücken-Thielmeyer	Bildung	Sachsen-Anhalt
Stephan	Bulicke	Finanzen	Berlin
Eva-Maria	Bullmann	Demographie	Berlin
Eike	Bülow	Demographie	Baden-Württemberg
Christine	Burbaum	Arbeit	Sachsen
Iris	Caspari	Bildung	Hessen
Chariklia	Chalividou	Arbeit	Bayern
Bernhard	Conle	Umwelt	Baden-Württemberg
Viviana	Cortez von Falkenhausen	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Manfred	Dallek	Arbeit	Hamburg
Margot	Dams	Arbeit	Brandenburg
Andrea	Darge	Umwelt	Bayern
Katharina	Doedens	Finanzen	Hamburg
Hans-Georg	Döling	Finanzen	Hessen
Volkmar	Döring	Demographie	Sachsen
Frank	Drenkert	Globalisierung	Berlin
Sonja	Drögehoff	Arbeit	Bayern
René	Duhan	Innovation	Nordrhein-Westfalen
Heinz	Effenberger	Arbeit	Hessen
Klaus	Effert	Arbeit	Nordrhein-Westfalen
Uwe	Efrom	Arbeit	Nordrhein-Westfalen
Brigitte	Eilert-Overbeck	Bildung	Hamburg
Gerhard	Eizenhammer	Soziales	Nordrhein-Westfalen

Vorname	Name	Ausschuss	Bundesland
Jessica	Emde	Arbeit	Nordrhein-Westfalen
Evelyne	Emisch	Finanzen	Sachsen
Sabine	Ender	Bildung	Bayern
Uwe	Engelbrecht	Innovation	Bayern
Stefanie	Engesser	Umwelt	Baden-Württemberg
Wolfgang	Erb	Globalisierung	Baden-Württemberg
Hartmut	Errenst	Innovation	Nordrhein-Westfalen
Markus	Everwand	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Monika	Exler	Bildung	Bayern
Matthias	Fatke	Globalisierung	Baden-Württemberg
Manfred	Fetzer	Umwelt	Rheinland-Pfalz
Birgit	Fichtner	Soziales	Sachsen
Andreas	Fieber	Umwelt	Hessen
Constanze	Fiedler	Bildung	Bayern
Jürgen	Finken	Finanzen	Nordrhein-Westfalen
Petra	Finkenstein	Demographie	Bayern
Jana	Fischer	Bildung	Thüringen
Manuela	Flacke	Demographie	Niedersachsen
Manfred	Fleischmann	Innovation	Hessen
Tino	Franke	Soziales	Niedersachsen
Michael	Frey	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Marcel	Früh	Globalisierung	Baden-Württemberg
Michaela	Funcke	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Michael	Fuxen	Demographie	Nordrhein-Westfalen
Adeline	Galonska	Arbeit	Bayern
Uwe	Ganzleben	Demographie	Bayern
Francoise	Gegenbauer	Arbeit	Baden-Württemberg
Michael Omar	Gerards	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Astrid	Gester-Hamann	Soziales	Hessen
Hoshang	Ghaei	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Jochen	Gieselmann	Soziales	Hamburg
Mary	Giring	Finanzen	Mecklenburg-Vorpommern
Kerstin	Glaser	Soziales	Schleswig-Holstein
Andrea	Godon	Finanzen	Hessen
Dieter	Goebel	Arbeit	Bayern
Wilfried	Gravel	Arbeit	Niedersachsen
Claudia	Gross Lorang	Bildung	Saarland
Ute	Grössl	Umwelt	Bayern
Ilse	Gudat	Arbeit	Niedersachsen
Manuela	Gudat	Innovation	Niedersachsen
Ulrich	Gunka	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Martin	Günster	Bildung	Rheinland-Pfalz
Karl	Gütter	Bildung	Thüringen
Heinrich	Hachmann	Umwelt	Niedersachsen
Volker	Hacke	Globalisierung	Nordrhein-Westfalen
Alexandra	Hadziev	Arbeit	Berlin
Markus	Hahn	Globalisierung	Bayern
Dolores	Haider	Finanzen	Hessen
Antje	Halter	Umwelt	Baden-Württemberg
Josef	Hamm	Innovation	Nordrhein-Westfalen
Günther	Hanl	Demographie	Nordrhein-Westfalen

Vorname	Name	Ausschuss	Bundesland
Ralf	Hanle	Soziales	Rheinland-Pfalz
Elke	Hannig-Brauer	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Ursula	Hansch	Globalisierung	Niedersachsen
Norbert	Harbarth	Soziales	Baden-Württemberg
Birgit	Harvey	Soziales	Hessen
Mirjam	Harweg Ottefülling	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Andreas	Heindl	Soziales	Bayern
Heide	Heinz	Soziales	Baden-Württemberg
Josif	Herlo	Soziales	Baden-Württemberg
Eva-Maria	Herrmanns	Umwelt	Baden-Württemberg
Ursula	Herwig	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Norbert	Hiller	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Monika	Hohnroth	Soziales	Niedersachsen
Andreas	Hölz	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Christa	Hubinger	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Gabriele	Huff	Globalisierung	Hamburg
Martin	Jäckel	Arbeit	Schleswig-Holstein
Alexander	Jakobi	Arbeit	Baden-Württemberg
Andrea	Janicki	Bildung	Baden-Württemberg
Niklas	Janssen	Umwelt	Baden-Württemberg
Karl-Heinz	Jestädt	Demographie	Nordrhein-Westfalen
Doris	Jockheck	Demographie	Nordrhein-Westfalen
Friedrich	Jordan	Globalisierung	Baden-Württemberg
Peter	Juknat	Demographie	Sachsen
Horst	Jünger	Arbeit	Hessen
André	Juraschek	Globalisierung	Niedersachsen
Thomas	Kalbusch	Finanzen	Nordrhein-Westfalen
Berenike Cri	Kamm	Globalisierung	Rheinland-Pfalz
Carolin	Karpe	Demographie	Thüringen
Ruth	Kasperowski	Innovation	Niedersachsen
Hartwig	Kastner	Bildung	Berlin
Jürgen	Keilmann	Innovation	Hessen
Andrea	Keller	Bildung	Baden-Württemberg
Rainer	Kimling	Soziales	Hessen
Kilian	Kindler	Umwelt	Sachsen
Margit	Kindler	Globalisierung	Schleswig-Holstein
Ulrike	Klaschka	Globalisierung	Baden-Württemberg
Edelgard	Klasen	Arbeit	Niedersachsen
Adelheid	Klasen	Soziales	Rheinland-Pfalz
Barbara	Kleemann	Innovation	Nordrhein-Westfalen
Holger	Kleine-Eickhoff	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Margrit	Klockow	Bildung	Niedersachsen
Günter	Kniep	Arbeit	Nordrhein-Westfalen
Michaela	Knust	Innovation	Niedersachsen
Friedrich	Koch	Bildung	Baden-Württemberg
Detlev	Köhler	Bildung	Niedersachsen
Regina	Konzack	Arbeit	Berlin
Wolfgang	Kopp	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Matthias	Kopp	Innovation	Hessen
Yvonne	Korn	Arbeit	Saarland
Vera	Körn	Demographie	Sachsen-Anhalt

Vorname	Name	Ausschuss	Bundesland
Angelika	Körn	Demographie	Sachsen-Anhalt
Helmut	Kramer	Innovation	Bayern
Cornelia	Krasniqi	Soziales	Bayern
Matthias	Kraus	Globalisierung	Sachsen
Andrea	Krause	Arbeit	Berlin
Hanne	Krüger	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Friederike	Kühn	Demographie	Sachsen
Stefanie	Kuna	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Heinz J.	Kuzdas	Bildung	Berlin
Katja	Lachmann	Bildung	Sachsen
Hans	Landgrebe	Finanzen	Bayern
Manuela	Lang	Finanzen	Sachsen
Kerstin	Lange	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Bernd	Lantin	Umwelt	Bremen
Bernd Karl	Layher	Soziales	Baden-Württemberg
Astrid	Lehmann	Soziales	Sachsen
Felicitas	Leikauf	Demographie	Bayern
Marion Delilah	Lemke-Bickmann	Soziales	Baden-Württemberg
Heidi	Liebchen	Demographie	Hamburg
Franz-Josef	Lieneke	Arbeit	Nordrhein-Westfalen
Dennis	Liermann	Arbeit	Berlin
Andreas	Lohrey	Innovation	Niedersachsen
Robert	Löscher-Hotz	Innovation	Bayern
Friedlinde	Lubs	Bildung	Bayern
Kai	Lütke Bordewick	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Susanne	Maclarbie	Innovation	Niedersachsen
Gerda	Mahmens	Demographie	Baden-Württemberg
Franz	Maier	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Antje	Maisel	Soziales	Thüringen
Rudolf	Mandausch	Soziales	Bayern
Wolfgang	Marold	Umwelt	Berlin
Lothar	Martin	Innovation	Brandenburg
Gerhard F.	Maurer	Finanzen	Hessen
Pia	Meier	Umwelt	Bayern
Erika	Merbitz	Demographie	Nordrhein-Westfalen
Manuchehr	Mertens	Globalisierung	Bayern
Inge	Merz	Soziales	Baden-Württemberg
Werner	Meschkank	Bildung	Brandenburg
Karl-Heinz	Metzner	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Claudia	Meusel	Globalisierung	Bayern
Sebastian	Meyer	Arbeit	Hamburg
Holger	Mienkuß	Finanzen	Nordrhein-Westfalen
Stephan-Jens	Miosga	Arbeit	Niedersachsen
Johann	Mitterer	Soziales	Bayern
Doris	Mock-Kamm	Soziales	Rheinland-Pfalz
Gabriele	Möhnle	Globalisierung	Niedersachsen
Guido	Möller	Innovation	Schleswig-Holstein
Steffen	Morawietz	Demographie	Nordrhein-Westfalen
Frank	Müller	Arbeit	Sachsen
Mario	Müller	Soziales	Brandenburg
Markus	Müller	Bildung	Hessen

Vorname	Name	Ausschuss	Bundesland
Wiltrud	Müller	Finanzen	Nordrhein-Westfalen
Rudolf	Müller	Arbeit	Rheinland-Pfalz
Rudolf E.	Müller	Bildung	Hessen
Susanne	Müller-Deile	Demographie	Schleswig-Holstein
Klaus	Näser	Soziales	Sachsen
Marlies	Neese	Demographie	Rheinland-Pfalz
Rudolf	Nerb	Umwelt	Bayern
Ursula	Neumann	Bildung	Bayern
Oliver	Noll	Globalisierung	Rheinland-Pfalz
Albert	Olinger	Globalisierung	Hessen
Erika	Paul	Umwelt	Hessen
Helga	Pehlke	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Angelika	Pentz	Finanzen	Niedersachsen
Stephan	Pernau	Globalisierung	Berlin
Ronny	Peters	Innovation	Rheinland-Pfalz
Antje	Petz	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Doris	Philipp-Malz	Umwelt	Bayern
Birgitt	Piegras	Innovation	Schleswig-Holstein
Björn	Poburski	Finanzen	Berlin
Herbert	Polster	Bildung	Sachsen
Wilfried	Raade	Bildung	Niedersachsen
Anna	Rademacher	Bildung	Bayern
Jutta	Radojkovic	Globalisierung	Bayern
Petra	Radtke	Demographie	Sachsen
Volker	Ramm	Soziales	Berlin
Nai-Ying	Rauch	Globalisierung	Baden-Württemberg
Diana	Redner	Bildung	Sachsen-Anhalt
Nanna	Reising	Demographie	Nordrhein-Westfalen
Adelheid	Resch-Schießl	Arbeit	Bayern
Dagmar	Rettig	Globalisierung	Bayern
Joelle	Reusch	Umwelt	Hessen
Steffen	Richter	Finanzen	Baden-Württemberg
Tinka	Rieckhoff	Innovation	Hamburg
Ariane	Rieflin	Demographie	Baden-Württemberg
Petra	Rieger	Finanzen	Bayern
Ursula Shakti	Risch	Soziales	Bayern
Klaus	Rittinger	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Felicitas	Rodorff	Soziales	Hessen
Michael	Rohde	Soziales	Sachsen
Ingrid	Rösler	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Gisela	Rößler	Demographie	Sachsen
Stefan	Roßteuscher	Bildung	Bayern
José Humberto	Sanchez	Innovation	Hamburg
Jürgen	Sarkamm	Demographie	Niedersachsen
Eva	Sauer	Demographie	Baden-Württemberg
Eckart	Schaade	Finanzen	Hamburg
David	Schäffler	Finanzen	Hessen
Anna-Maria	Schalk	Umwelt	Baden-Württemberg
Edigne	Schaller	Umwelt	Bayern
Heinrich	Scheeben	Finanzen	Nordrhein-Westfalen
Rolf	Schendel	Demographie	Mecklenburg-Vorpommern

Vorname	Name	Ausschuss	Bundesland
Hans-Joachim	Schieke	Arbeit	Sachsen
Jan Christian	Schinke	Umwelt	Niedersachsen
Wilhelm	Schliesser	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Sebastian	Schlüter	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Dirk	Schmachtenberg	Innovation	Berlin
Heide	Schmidt	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Olger	Schmidt	Umwelt	Bayern
Jens	Schmukal	Umwelt	Baden-Württemberg
Karin	Schnur	Demographie	Nordrhein-Westfalen
Petra	Schöllner	Innovation	Berlin
Katrin	Scholz	Soziales	Sachsen
Manfred	Scholz	Soziales	Baden-Württemberg
Susanne	Scholz	Globalisierung	Baden-Württemberg
Wiebke	Schoon	Soziales	Niedersachsen
Albert	Schröder	Finanzen	Nordrhein-Westfalen
Erika	Schroeder	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Annika	Schüll	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Pia	Schulz	Bildung	Sachsen
Nadine	Schulz	Finanzen	Niedersachsen
Ekkehard	Schulz	Demographie	Nordrhein-Westfalen
Holger	Schulz	Arbeit	Rheinland-Pfalz
Renate	Schulze	Soziales	Berlin
Regina	Schumacher	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Jennifer	Schuto	Umwelt	Rheinland-Pfalz
Michael	Schweizer	Arbeit	Baden-Württemberg
Götz	Seipel	Umwelt	Hessen
Brigitte	Sillich	Bildung	Hessen
Angelika	Skibba	Globalisierung	Schleswig-Holstein
Maria-E.	Sliwiok	Bildung	Hamburg
Carla	Sohni	Arbeit	Bayern
Irmgard	Sönnichsen	Soziales	Schleswig-Holstein
Günter	Sorge	Globalisierung	Nordrhein-Westfalen
Gerhard	Spangenberg	Arbeit	Hamburg
Jochen	Speck	Arbeit	Niedersachsen
Peter	Speth	Soziales	Baden-Württemberg
Anja	Sprenger	Innovation	Nordrhein-Westfalen
Clara	Steber	Umwelt	Bayern
Günter	Steffen	Finanzen	Berlin
Roland	Steger	Bildung	Bayern
Mario	Stock	Globalisierung	Sachsen-Anhalt
Uwe	Stuck	Soziales	Brandenburg
Gerhard	Stüdemann	Arbeit	Mecklenburg-Vorpommern
Markus	Szajna	Globalisierung	Bayern
Birgit	Tausendpfund	Arbeit	Hessen
Dietmar	Tille	Globalisierung	Bayern
Leif	Timmermeister	Demographie	Bremen
Ursula	Topp	Demographie	Sachsen
Athina	Trakas	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Michael	Turner	Soziales	Hamburg
Christa	Uckermark	Arbeit	Hamburg
Kirsten	Ueckert-Zander	Bildung	Berlin

Vorname	Name	Ausschuss	Bundesland
Firat	Uestebay	Finanzen	Saarland
Katrin	Uhlig	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Martin	Urban	Innovation	Bayern
Anna-Sophie	Urban	Bildung	Bayern
Nicolai	Urbaniak	Globalisierung	Nordrhein-Westfalen
Gülcan	Urul	Arbeit	Nordrhein-Westfalen
Horst Peter	Vetter	Arbeit	Hessen
Nadine	Vinnemeyer	Finanzen	Nordrhein-Westfalen
Alkar	Vogel	Arbeit	Nordrhein-Westfalen
Thomas	Vogel	Umwelt	Baden-Württemberg
Alfred	Vöhringer	Arbeit	Baden-Württemberg
Frank	von Janso	Arbeit	Bayern
Wolfgang	von Keutz	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Undine	von Puttkamer	Soziales	Hessen
Ulf	von Quillfeldt	Innovation	Baden-Württemberg
Wilhelm	von Tucher	Innovation	Bayern
Yvonne	Voskuhl	Globalisierung	Nordrhein-Westfalen
René	Voussemer	Finanzen	Nordrhein-Westfalen
Sandra	Wagenbreth	Finanzen	Thüringen
Detlef	Wagner	Arbeit	Hamburg
Uwe	Weber	Demographie	Nordrhein-Westfalen
Ulrike	Weber	Globalisierung	Baden-Württemberg
Ansgar	Wegner	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Udo	Weide	Globalisierung	Hessen
Martin	Weidemann	Umwelt	Nordrhein-Westfalen
Silke	Weiß	Globalisierung	Nordrhein-Westfalen
Andreas	Wells	Arbeit	Bayern
Thomas	Wentges	Umwelt	Baden-Württemberg
Christine	Werner	Umwelt	Rheinland-Pfalz
Axel	Wernicke	Innovation	Sachsen
Lothar	Weßbecher	Demographie	Thüringen
Ute	Weyde	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Beate	Wiebke	Bildung	Baden-Württemberg
Eva	Wiecha	Globalisierung	Bayern
Theo	Wieners	Arbeit	Nordrhein-Westfalen
Robert	Wienrich	Soziales	Niedersachsen
Peter	Winkler von Mohrenfels	Arbeit	Mecklenburg-Vorpommern
Waltraud	Wolf	Soziales	Schleswig-Holstein
Julian	Wolff	Umwelt	Berlin
Bernd	Wolsiffer	Soziales	Nordrhein-Westfalen
Klaus	Wronski	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Julia	Wünsche	Demographie	Hessen
Anja	Wurster	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Gerhard	Zacharias	Bildung	Bremen
Julia	Zarling	Umwelt	Rheinland-Pfalz
Lars	Ziemert	Bildung	Brandenburg
Anette	Zierke	Soziales	Baden-Württemberg
Veronika	Ziersch	Bildung	Nordrhein-Westfalen
Bernhard	Zimniok	Innovation	Bayern

Impressum

© 2008 Bertelsmann Stiftung

Das BürgerForum Soziale Marktwirtschaft ist eine Gemeinschaftsinitiative von:

 **Heinz Nixdorf Stiftung**

| **Bertelsmann Stiftung**



LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG E.V. BONN

Herausgeber:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Verantwortlich:

Dr. Robert B. Vehrkamp

Telefon 05241 81-81526
Fax 05241 81-81982
robert.vehrkamp@bertelsmann.de

Andreas Kleinsteuber

Telefon 05241 81-81405
Fax 05241 81-81982
andreas.kleinsteuber@bertelsmann.de

Anna Wohlfarth

Telefon 05241 81-81425
Fax 05241 81-81982
anna.wohlfarth@bertelsmann.de

Tom Ulbricht

Telefon 05241 81-81104
Fax 05241 81-81982
tom.ulbricht@bertelsmann.de

Bildnachweis:

Dennis Brosda, Bonn
Bernhardt Link, Berlin
Patrick Wamsganz, Berlin
Ulla Keienburg, Hamburg

Lektorat:

Dr. Arno Kappler, Soest

Korrektorat:

team 4media&event, München

Art Director:

Heike van Meegdenburg, Bertelsmann Stiftung

Gestaltung:

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Druck:

Druckerei Festge, Oelde

Der besseren Lesbarkeit wegen haben wir in der Regel auf die weibliche Sprachform verzichtet.
Wir bitten alle Leserinnen um Verständnis.

BÜRGERFORUM Soziale Marktwirtschaft

Bürger entwickeln ihr Bild einer zukunftsfähigen Gesellschaft

Schaubild zur Prozessdarstellung

„Bürger brauchen eine Stimme“

Entwicklungsphase

Die Stiftungen entwickeln ein neuartiges Beteiligungs-instrument

„Der Zufallsgenerator“

Einladungsphase

40.000 Nummern gewählt
450 Infopakete verschickt



„Das BürgerForum ...“

Auftaktveranstaltung

350 Bürger arbeiten mit
16 Experten und
16 Moderatoren in
8 Ausschüssen

und starten mit
69 Ideen zu
24 Problemen in die
Onlinephase

350 Bürger sagen zu



... läuft ...

Onlinephase

25.000 Beiträge
3.000 Aufrufe täglich
69 BürgerRedakteure
4 Online-Moderatoren
4 Abstimmungen



Zwischenergebnis:
12 ProgrammBausteine sind
verabschiedet

... auf Hochtouren“

BürgerGipfel

An 35 Tischen mit
38 Moderatoren
bearbeiten die Bürger an
2 Tagen
57 ProgrammBausteine
43 werden verabschiedet

Ergebnis:
55 ProgrammBausteine werden
zum BürgerProgramm

„Feinschliff“

Redaktionssitzung

55 BürgerRedakteure
8 Ausschüsse
8 Moderatoren
2 Tage
2 Journalisten



70% der Bürger stimmen der
Repräsentativumfrage online



April – Juni 2008

20. Juni 2008

„Wir stellen uns ...

... dem Dialog“

Aufbereitungsphase

Repräsentativumfrage bei
1.800 Bürgern
– Auswertung –

Herstellung der Publikation

Vorbereitungen für die
Konferenz und Pressearbeit

BürgerForum im Dialog

60. Jahrestag der Sozialen
Marktwirtschaft

32 Bürger diskutieren ihr
BürgerProgramm mit Vertretern
aus Politik und Gesellschaft

Verbreitung des
BürgerProgramms durch
Bürger und Stiftungen

... UND JETZT SIND SIE AM ZUG!

Adresse | Kontakt:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Robert B. Vehrkamp
Telefon 05241 81-81526
Fax 05241 81-81982
robert.vehrkamp@bertelsmann.de

Andreas Kleinsteuber
Telefon 05241 81-81405
Fax 05241 81-81982
andreas.kleinsteuber@bertelsmann.de

Anna Wohlfarth
Telefon 05241 81-81425
Fax 05241 81-81982
anna.wohlfarth@bertelsmann.de

www.buergerforum2008.de